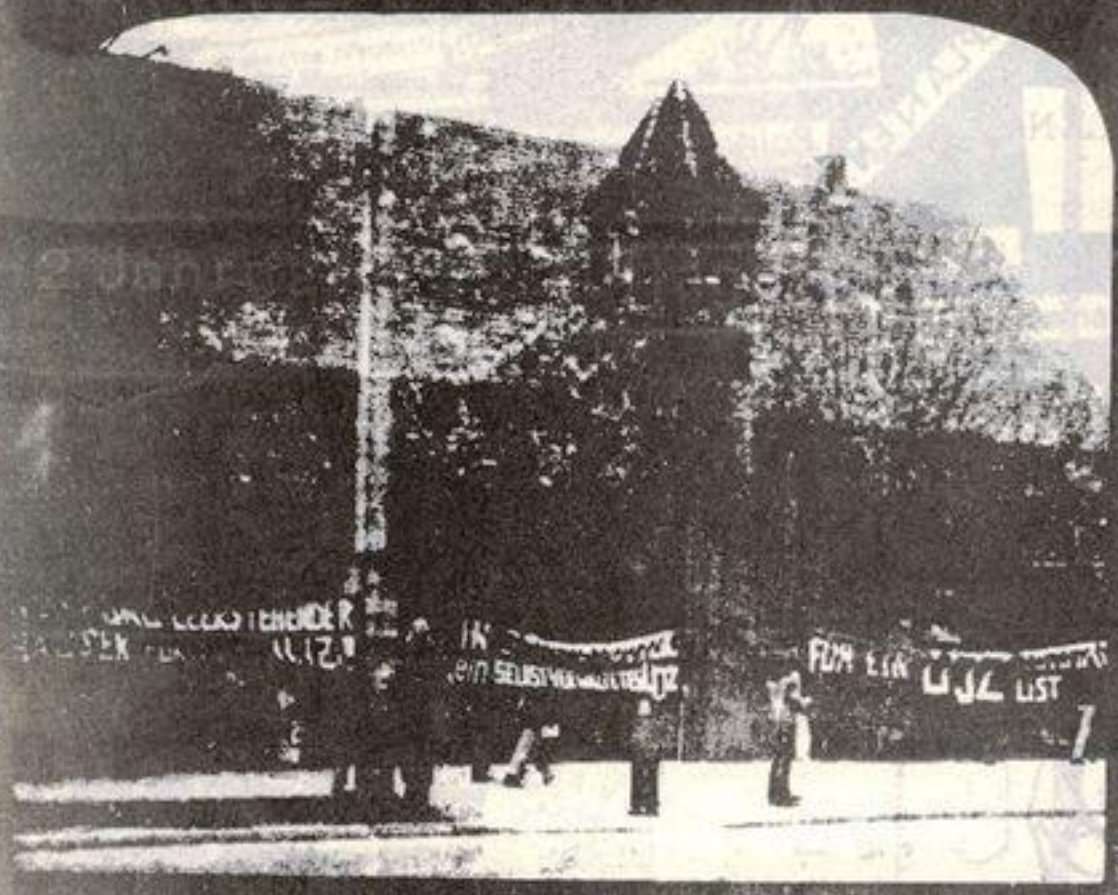
NEUE Hannoversche Fresse

Nr. 1(9) April 1974



BULLEN-
ÜBERFALL
auf
ANARCHO-
BÜRO-
NORD

UJZ OSTSTADT LIST

100 JUGENDLICHE
BESETZEN
BUNKER
am WELFENPLATZ

TERROR
LINKER
FLIPPER
gegen diese
ZEITUNG
deshalb

2. Jahrgang 2. Auflage Preis 1DM

Was wir brauchen, müssen wir uns nehmen. *Multinationale Betriebsarbeit der Gruppe „Arbeitersache" in München* 6.80

Die Entwicklung eines Ansatzes von revolutionärer Betriebsarbeit seit 1970. Dargestellt werden einerseits politische Grundpositionen: die Notwendigkeit für eine wirklich multinationale Organisierung/die Untersuchungsarbeit/Arbeiterautonomie/Externe Arbeit etc. Andererseits die wichtigsten Kampagnen und Ereignisse im Betrieb bis 1972.

Der Westen wird rot. *Die „Maos" in Frankreich: Gespräche und Reportagen. Eingeleitet von J. P. Sartre*

Gespräche mit Arbeitern, Frauen, Schülern, Jugendlichen, Bauern, die in den vordersten Reihen der Kämpfe stehen. Sie wissen, die Bedürfnisse der Massen lassen sich nur „illegal" verwirklichen – und das bestimmt ihre Kampfformen gegen die Arbeitshetze, das schlechte Leben, die Preise. Ein Text, der verstehen läßt, warum das Kapital in Frankreich die „Maos" fürchten gelernt hat.

200 Seiten DM 12.80

Wir wollen ALLES

Roman der Fiatkämpfe

Das Arbeiter ROMAN

Übers von P Chotjewitz

DM 6.80

..und eine Zeitung revolutionärer Gruppen aus verschiedenen Städten. Betrieb, Stadtteil, Lehrlinge, Schüler...

Wir befreien uns selbst

Lieder der "Arbeitersache" München, 1973. 15.-

LP 33/30, Stereo

soll wegen "Staatsverleumdung" verboten werden!

Schallplatten Prospekt anfordern! 6 München 80, Josephsburgstr. 16

TRIKONT

erhältlich im Buchladen Jugendzentrum Nordstadt

TONKOOPERATIVE Hannover

Demnächst NEU

Single

+ Multinational Corporation Blues

+ George Jackson
+ Joe Hill
+ Sacco und Vanzetti

-4Stücke- 5.- DM -

SCHALLPLATTEN:

Neuauflage

LP 33/30 mit Textheft

LIEDER DES INTERNATIONALEN PROLETARIATS DM 10.-

WIR SIND NICHT KÄUFLICH!

Originalmitschnitt des Versuchs zweier Verfassungsschutzbullen einen hannoveraner Genossen anzuwerben. LP 33/30 10.-

Neu im Trikont-Vertrieb

Politrock – Revolutionäre Lieder aus Afrika, Irland, Lateinamerika, Vietnam, USA

Lotta Continua.

Bella ciao

Tupamaros

ITALIEN

CLUB

Ton Steine Scherben

20.- Keine für Macht Niemand 2 LPs

Index NEU LP 15.-

von der Politrockgruppe KomKol

NEUE Hannoversche Fresse

Anschrift des Redaktionskollektivs und presserechtlich verantwortlich:
Gerhard Knapienski 3 Hannover Steintorfeldstr.4
Herausgeber:Gerhard Gansert 3 Hannover Bronsartstr.23
Fotos: von der APH(ANARCHO PRESSE HANNOVER) soweit nicht anders gekennzeichnet
Meldungen,die mit ID gekennzeichnet sind,haben wir vom Informationsdienst, der erscheint in Frankfurt,Homburgerstr.36,übernommen
Meldungen,die gekennzeichnet sind,geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektives wieder,alle Rechte bleiben dann bei den Verfassern
Die nächste Nummer erscheint am 1.Mai, die NEUE HANNOVERSCHE FRESSE monatlich
Redaktionsschluss,soweit nicht durch Aktualität verschoben,7 Tage vor dem erscheinen
Die Redaktionssitzungen sind meistens öffentlich,und werden bekanntgegeben
Redaktionsschluss für diese Nummer war der 2.April
Einzelbestellungen werden nur als Abos gegen Vorauszahlung von 12DM für 12 Ausgaben durchgeführt,Lieferbedingungen für Buchläden und arbeitende Gruppen auswärts werden auf Anfrage mitgeteilt
Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 03/74
Alle Zahlungen mit befreiender Wirkung nur auf Postscheckkonto:
Gerhard Gansert 3 Hannover Kontonummer: Han 4106 19-306
Auflage: 1000 Preis 1DM Druck: Eigendruck

Neuerscheinungen Frühjahr 1974

Karin Kramer Verlag – 1 Berlin 44, Postfach 108, Tel.: 684 26 28

A. und D. Prudhommeaux
Bewaffnung des Volkes
Aufbau, Organisierung und Kämpfe der Volksmiliz im spanischen Bürgerkrieg
Einleitung Carl Einstein
80 Seiten 5,– DM

Ulrich Linse
Gustav Landauer und die Revolutionszeit 1918/1919
200 Seiten 8,– DM

P. Arschinoff
Geschichte der Machno-Bewegung 1918-1921
Berichte und Dokumente der revolutionären Bauernbewegung in der Ukraine
260 Seiten 10,– DM

J. Agnoli, C. Brendel, I. Mett
Die revolutionären Aktionen der russischen Arbeiter und Bauern – Die Kommune von Kronstadt
150 Seiten 6,– DM

Cajo Brendel
Autonome Klassenkämpfe in England 1945-1972
120 Seiten 5,50 DM

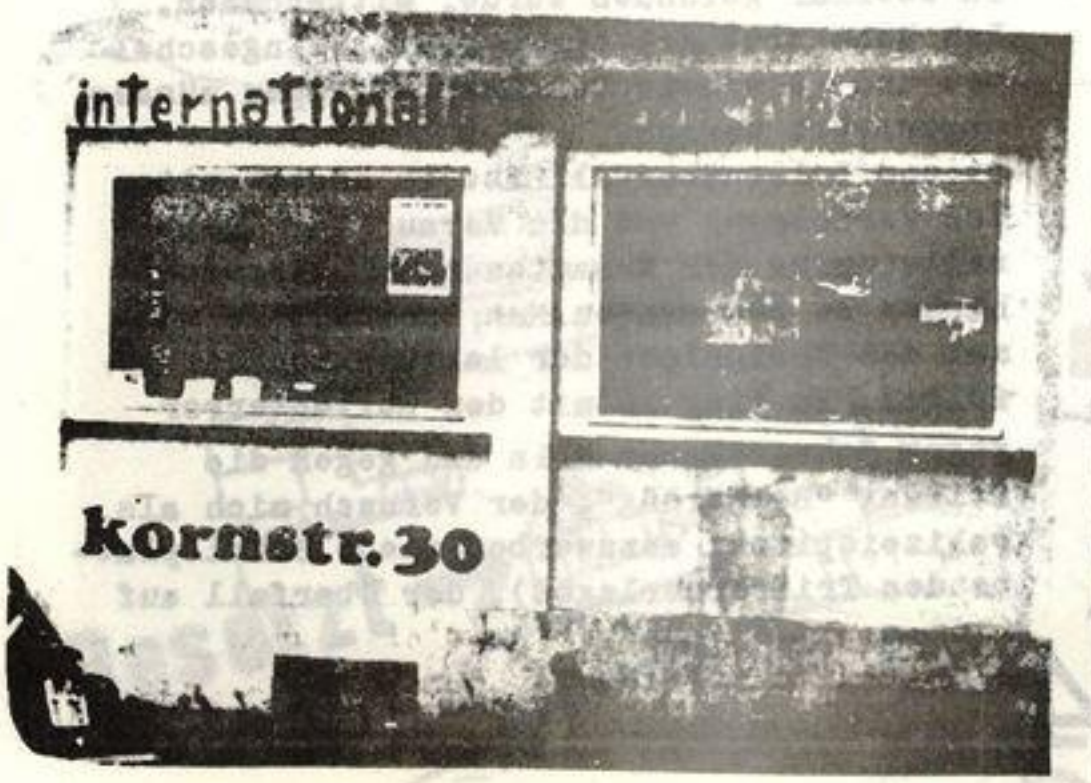
Kollektivierung der Industrie und Landwirtschaft
Die Soziale Revolution in Spanien 1936-1939
Dokumente, Berichte und Selbstdarstellungen der spanischen Arbeiter und Bauern
Einleitung Erich Gerlach
230 Seiten 10,– DM

Anton Pannekoek
Neubestimmung des Marxismus – Bd. 1
Diskussion über Arbeiterräte, Marxismus und Staat
130 Seiten 6,– DM

Anarchismus und Marxismus Bd. 2
F. Amilie
Anarchismus heute – Theorie und Praxis des Reproduktionsbereichs
Y. Bourdet
Marxismus und Anarchismus
R. de Jong
Stirbt Marx als Anarchist ?
u.a.
140 Seiten 6,– DM

Peter Heintz
Anarchismus und Gegenwart
Positiver und negativer Anarchismus
144 Seiten 6,– DM

Unter dem Pflaster liegt der Strand – Anarchismus heute
N. Chomsky
Anmerkungen zum Anarchismus – Radikaler Marxismus und konsequenter Anarchismus
Ch. Dericum
Absage an die Gewalt
M. Bookchin
Hör zu, Marxist!
H.P. Duerr
Unter dem Pflaster liegt der Strand
P. Feyerabend
Thesen zum Anarchismus 1973
160 Seiten 8,– DM



Inhalts-verzeichnis

BULLENÜBERFALL auf ANARCHOBÜRO S.4

UJZ OSTSTADT/LIST S.6

KÖLN S.11

FRANKFURT S.11

PERSIEN S.15

PROZESS MARINI S.17

NPD S.18

GÖTZ BUCHHOLZ S.20

SPANIEN S.25

1.MAI S.28

LESERBRIEF von der SDAJ S.31

FRESSEMITTEILUNG S.32

UJZ OSTSTADT/LIST S.34

FRESSE-EXTRA-MITTEILUNG
ZUR 2. AUFLAGE S. 35

ADRESSEN

JUGENDZENTREN

Kornstr. VV jeden Freitag 17Uhr

Glocksee VV jeden Mittwoch 19Uhr30

Barsinghausen Alterhofstr.

Roderbruch Rotekreuzstr. Bus35
VV Mittwoch

Jugendzentrum der Falken Walderseestr.(Lister Turm)
VV Montag(14täglich)

3001 Mellendorf an der Molkerei

UJZ OSTSTADT/LIST Welfenplatz
VV täglich 19Uhr

STADTTEILGRUPPEN

AKWO (zur Zeit gespalten,daher keine Kontaktadresse)

ASOL Kontakadresse Martin Schmid
Flüggestr.24 VV jeden Mittwoch
im UJZ OSTSTADT/LIST

BULLENÜBERFALL auf ANARCHOBÜRO NORD

Am Sonnabend, den 30.März1974, ereignete sich genau das, womit schon aufgrung der Erfahrungen der Anarchobüros, die immerhin eine nicht zu unterschätzende Koordination- und Kommunikationsfunktion innerhalb der nichtparteigebundeneb Linken erfüllen, seit geraumer Zeit zu rechnen war.
Um 19 Uhr standen plötzlich 4 Bullen vom Landeskriminalpolizeiamt Niedersachsen, von der Abteilung D, vor der Tür des Anarchobüros Nord und der Aph in der Brohsartstr. 23 Ich selbst war zu diesem Zeitpunkt nicht anwesend. Meine Mutter öffnete die Tür, und die Bullen meinten, sie wollten eine Hausdurchsuchung vornehmen. Ein richterlicher Durchsuchungsbefehl lag nicht vor, die Bullen begründeten das damit, daß an einem Sonnabend kein Richter mehr aufzutreiben sei.
Was war der Grund für diesen Bullenüberfall?Am Freitag wurden in einer Kölner Wohnung die Genossen Gend und Reimers verhafte. Man beschuldägt sie, angeblich zum harten Kern der Raf zu gehören. Bei dieser Aktion sollen die Bullen angeblich einen alten Wehrpaß von mir gefunden haben, den ich schon seit langem nicht mehr bei mir hatte. Das nahm die Staatsanwaltschaft Düsseldorf zum Anlaß, gegen mich ein Verfahren wegen Verstoßes gegen den &§129 einzuleiten.
Die Durchsuchung, von der ich erst am folgenden Tag erfuhr, wurde mit dem Scheinargument gerechtfertigt, daß angeblich "Gefahr im Verzuge sei"
Die Bullen machten sich daran unser Archiv und Fotolabor gründlichst durcheinanderzubringen.Sie beschlagnahmten wahllos eine Menge von Material. Auf Drängen meiner Mutter erstellten sie eine Liste des entwendeten Materials und versiegelten es.
Es wurden Dinge wie ein Tonband mit Popmusik, zwei Baulampen, die negativ-Kartei,

Ganeert

die zum größtem aus Urlaubsfotos bestand, diverse Photos- wahrscheinlich solche mit Bullenspitzel-, alte Notizbücher von Anfang der 60 Jahre, als ich noch nicht in der Linken Bewegung tätig war, eine Menge Flugblätter aus den letzten Wochen und eine sogenannte Adressen kartei, wie sie auch in Wetzlar gefunden wurde, mitgenommen.
Ich habe erst mal einen Anwalt eingeschaltet und die neuesten Entwicklungen müssen abgewartet werden.
Dieser Bullenüberfall ist im Kontxt mit der Verfolgung und dem Versuch der Kriminalisierung der gesamten revolutionären Linken zu betrachten.Man brauch bloß einmal die Ereignisse der letzten monate verfolgen. Es fing an mit dem Bullenterror gegen Schwarzkreuz Köln und gegen die Zeitung "Befreiung", der Versuch mich als Polizeispitzel anzuwerben(siehe Schallplatte des Trikontverlages), der Überfall auf

Anarchobüro Rhein/main(Frese Nr. 5),
Prozesse gegen Herausgeber von linken Zeitungen, wie Peter Schütt und Götz Buchholz, brutale Zerschlagung von Hausbesetzungen , wie Arndtstr. Kleefeld Ekhofstr, Frankfurt...
Für alle diese Aktionen liefert dem sogenanntem "Demokratischen Rechtsstaat", mit seiner FdGo, der § 129 die Möglichkeit, seine eigenen formalen Gesetzte, die zur Verfolgung und Bekämpfung der revolutionären Linken nicht mehr ausreichen, faktisch außer Kraft zu setzen. Der Staat muß zu immer neuen Mehtoden, wie wie aufbau von Spezialeinheiten der Bullen, Einsatz des Grenzschutzes, Folter in gefängnissen, Berufsverboten etc.. greifen, um seine und die angeschlagene Macht des Kapitals aufrechtzuerhalten.
Wir werden weiter käpfen, wir haben nichts zu verlieren als unsere Unfreiheit, und der Sozialismus wird frei sein oder er wird nicht sein.

G.G-

„DA GIGI"

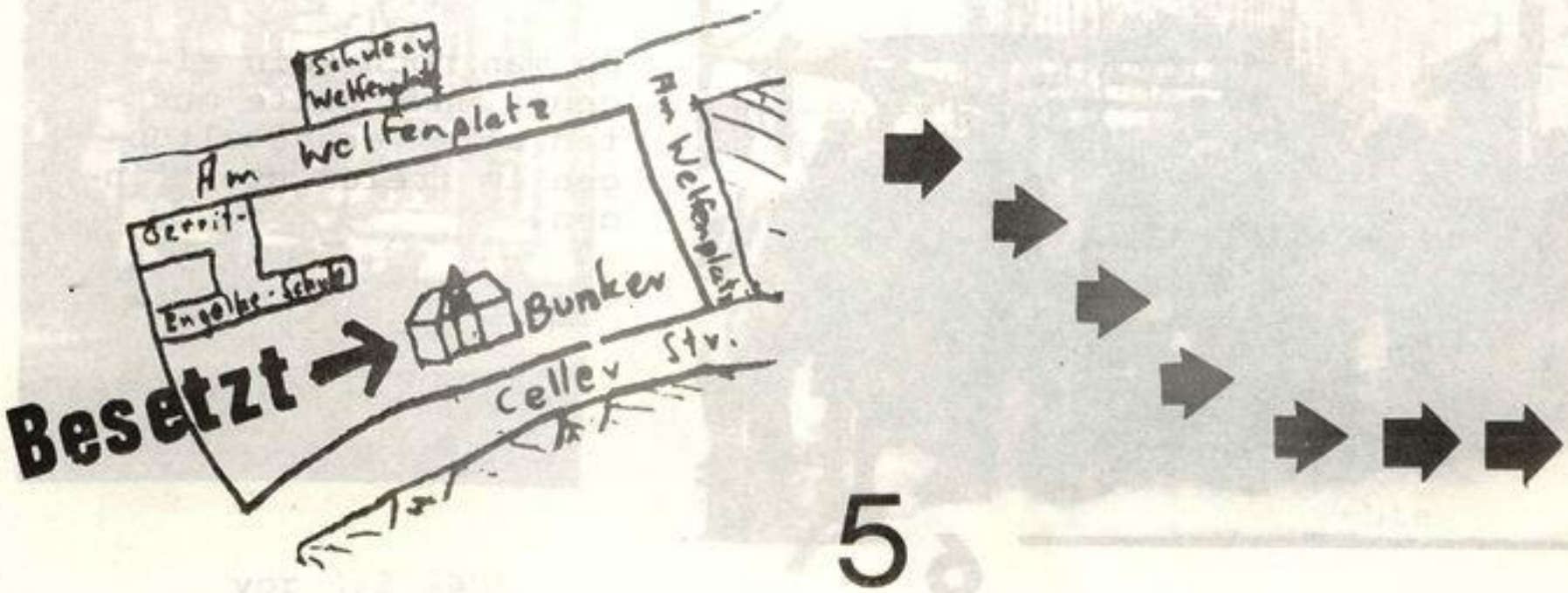
TRATTORIA — PIZZERIA
INH.: LUIGI VESCE

3 Hannover
Podbielskistraße 14
Telefon 66 66 07

Verlag Freie Gesellschaft

WAS IST EIGENTLICH ANARCHIE? 2,-DM
Anarchistisc e Kurzbiographien und kommentare 2,-DM
Rocker Gesamtausgabe
Anarcismus von Proudhon bis Kropotkin
dmerse andere Schriften in Vorbereitung, Gesamtverzeichnis des verlages auf Anfrage erhältlich.

Bestellungen an: Verlag Freie Gesellschaft, 6 Frankfurt 18 Postfach o132, Eizelbestellungen aus dem Norddeutschen Raum an APH c/o Gerhard Gansert 3 Hannover Bronsartstr.23

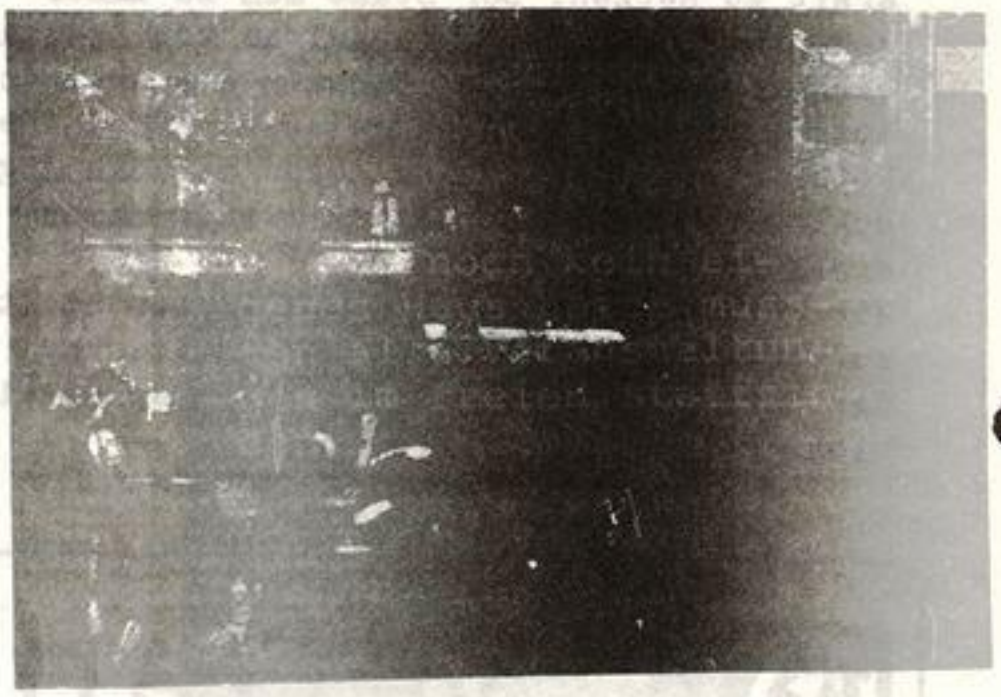


UNABHÄNGIGES JUGENDZENTRUM

OSTSTADT / LIST

1oo Jugendliche besetzen leerstehenden Bunker am Welfenplatz

Nachdem Verhandlungen der seit 1 1/2 Jahren bestehenden Initiativgruppe mit der Stadt erfolglos geblieben waren,und man im Gegenteil ständig darauf hingewiesen hatte,man werde nur 2 unabhängige Jugendzentren dulden (Glocksee und Kornstr.)und den in der Oststadt verfügbaren Raum im Lister Turm den SPD-nahen Falken für ihre Jugendarbeit zur Verfügung stellte,entschlossen sich die Jugendlichen zum handeln und besetzten den seit Jahren leerstehenden Bunker am Welfenplatz(früher Hotel).
Zuvor hatte man in einer Aktionswoche noch einmal seine Forderungen an die Öffentlichkeit gebracht:



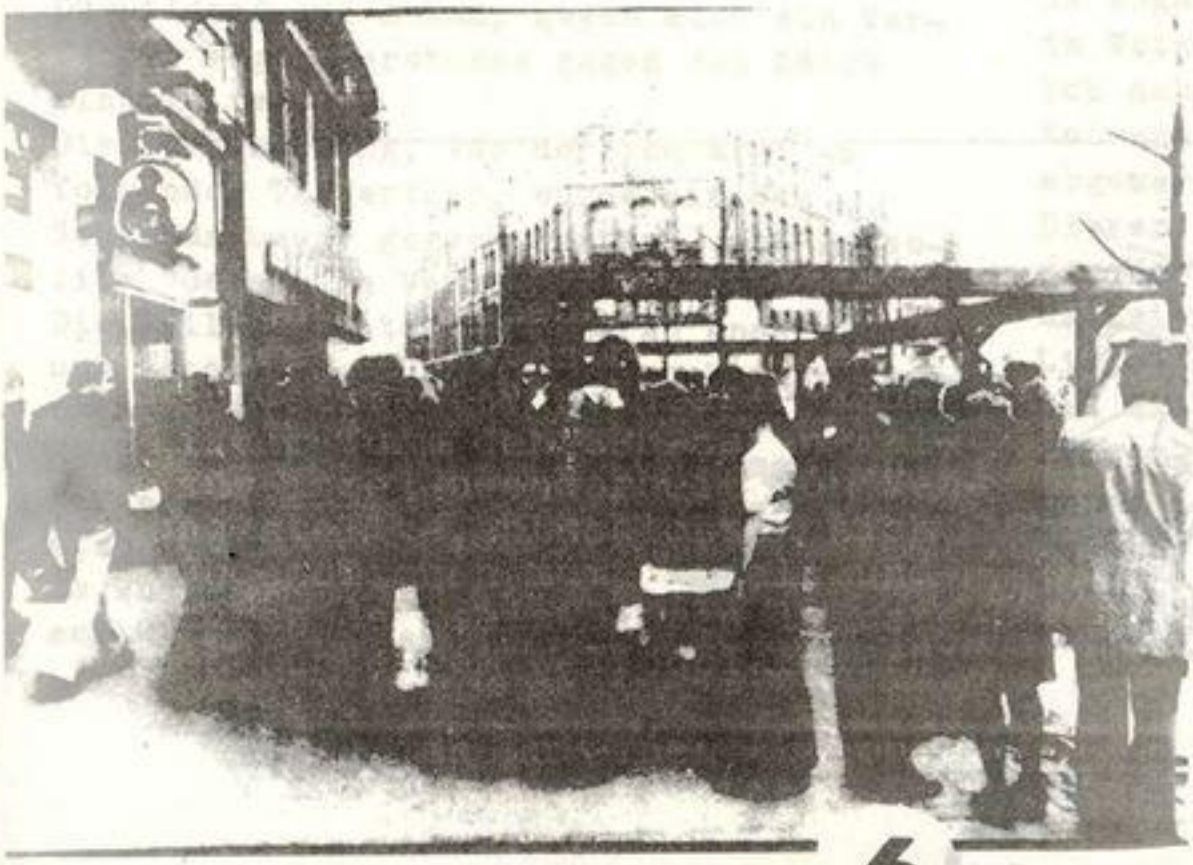
28. 3. 15 UHR Kinderfest;17 UHR Strassentheater

29. 3. 17 UHR Butzebauen

30. 3. 15 UHR Strassenfest mit

»Blues is a woman«

Am Weissekreuzplatz/ListerMeile



Da man noch kein eigenes Haus hatte mussten alle Veranstaltungen im freien stattfinden.

Neben der Forderung nach sinnvoller Freizeitgestaltung ohne Diskothekenausbeutung in einem unabhängigen Jugendzentrum(UJZ) protestierte man vor allem gegen das leerstehenlassen und abreissen von Wohnraum,das nur im Interesse der Spekulanten aber nicht im Interesse der Mieter geschieht.Nach dem Fest am Samstag formierte sich deshalb ein Demonstrationszug,der zunächst einmal zur Holscherstr. führte in der 2 Wohnhäuser abgerissen werden sollen.(siehe Foto).Anschliessend gings dann quer durch die Oststadt zum Welfenplatz.Hier wurde dann in mühevoller 1-2stündiger Kleinarbeit der Bunker ,der erst vor wenigen Monaten zugemauert worden war,wieder geöffnet und so der Nutzung durch die Bevölkerung zugeführt.

INFORMIERT EUCH AM ORT:
VOLLVERSAMMLUNG TÄGLICH
19Uhr

HÄUSER STEHEN LEER

Bunker am Welfenplatz

vor 1/2 Jahr

WALDERSEESTR.

Heute

Auf den nächsten 3 Seiten steht das Konzept der Jugendlichen für ihre Arbeit im UJZ.Weitere Bilder von der Besetzung am Schluss dieser Zeitung.

KONZEPT FÜR DAS UJZ

I. Organisation:

Zur Organisation eines Unabhangigen Jugendzentrums (so beschlossen)

Die Vollversammlung ist oberstes Beschlußorgan im Jugendzentrum. Jeder Teilnehmer hat gleiches Beschlußrecht, teilnehmen kann jedder (Ausnahme: er wird mit 2/3 Mehrheit des Hauses verwiesen). Beschlüsse werden mit der absoluten Mehrheit der Anwesenden gefaßt. Es sollte nach durchschnittlicher Besucherzahl im Jugendzentrum eine Minimalzahl festgelegt werden.
Die Arbeitsgruppen sind der Vollversammlung zur Rechenschaft verpflichtet. Ihre Arbeitsergebnisse müssen veröffentlicht werden (Wandzeitung, Zeitung o.ä.). Interne Entscheidungen trifft die Arbeitsgruppe selber, z.b. Geldverteilung innerhalb d r Gruppe.
Die Arbeitsgruppen sind für jeden zugänglich.
Außerdem soll es im Jugendzentrum eine Planungsgruppe geben, die die Vollversammlung vorbereitet. Sie besteht aus Gewählten der letzten Vollversammlung.
Die Einberufung d r Vollversammlung geschieht durch das gewählte Vorbereitungskomitee o d e r auf Wunsch einer noch zu bestimmenden Anzahl von Besuchern des Jugendzentrums. Die Vollversammlung sollte in der Regel an einem bestimmten Wochentag stattfinden. Die Mindestfrist zwischen der Bekanntgabe d s Termins und der Vollversammlung ist 5 Tage.
Es existiert außerdem ein Trägerverein (Verein für praktische Sozialarbeit im Bereich Oststadt/List e.V.), der nur dazu da ist, das UJZ juristisch zu vertreten . Er ist den Beschlüssen der Vollversammlung untergeordnet und regelt die Kassenprüfung.

II. Politische Arbeit im UJZ:

Die Bedürfnisse von Jugendlichen dürfen nicht nur im Konsumbereich befriedigt werden. Es muß den Jugendlichen die Möglichkeit gegeben werden, sich zu engagieren, ihre Interessen in der Schule oder am Arbeitsplatz wahrzunehmen und zu verwirklichen. Lernprozesse müssen bewirken, daß der einzelne aus seiner Passivität wenigstens teilweise herausgeführt wird; sie müssen auch bewirken, daß die Jugendlichen die Gedanken der Selbstverwaltung

und -organistion verwirklichen. Diese Ansätze gezielt zu entwickeln muß die Arbeit einer Gruppe sein. Die Arbeit dieser Gruppe sollte mit anderen Gruppen und Interessierten abgestimmt werden. Eine der Hauptaufgaben eines UJZs ist es also eine Alternative zur Konsum-Freizeit der Jugendlichen zu schaffen. Es scheint uns jedoch sinnlos, totalen Konsumverzicht zu predigen, vielmehr muß der Mangel an Kommunikation zwischen den Jugendlichen aufgehoben werden, indem wir eine Hauptursache des unreflektierten Konsums in der Freizeit sehen. Das würde auch eine Politisierung der Jugendlichen sein. Es scheint uns jedoch in keiner der linken Gruppen bisher verwirklicht.
Dazu ist zu klären , wo die großen Chancen für unreflektierten Konsum liegen. Die mangelnde Kommunikation macht den Jugendlichen für bestimmte Manipulationsgefahren konkret anfällig.
1. Er wird dauern in Konkurrenzverhältnisse gebracht, die ihn zum Konsum zwingen und treiben(Bekleidung, Mopeds etc.). Er wird fest in die Welt von Statussymbolen und Konsumzwänge integriert.
2. Werbung
3. Mode
Darüberhinaus muß auf die Doppelfunktion des Alkohols(Trinkbedürfniss/Vergessenlassen der Realität) eingegangen werden.

Es muß Zielsetzung eines UJZs sein, dieses natürliche Konsumverhalten der Jugendlichen, in das sie hineingetrieben werden, abzubauen.

III. Politische Arbeit nach außen:

1. WOHNUNGEN UND MIETEN

Z I E L : Abhängigkeit und Unsicherheit der Mieter müssen beseitigt werden.

Konflikt: Die Wohnung ist gleichzeitig Ware und Lebensgrundlage. Die meisten Arbeiter können ihre Miete nur zahlen, wenn sie regelmäßig ihren Lohn bekommen. Bei einem Arbeitsausfall kann die Kündigung erfolgen. Einer Kündigung folgt oft der soziale Abstieg. Die Verknappung des Wohnraumes, die Monopolstellung der Vermieter und eine fehlende Information der Mieter führen zu einem Preisdiktat der Vermieter und einer Form der Ausbeutung.
Ziel einer Mieterarbeit ist, daß die Mieter über ihre Rechte informiert werden (Informationsbüro der Arbeitsgruppe Mieterschutz; u.U. Studenten im Praktikum).
Wir werden es begrüßen, wenn in diesem Zusammenhang Mieterselbstorganisation (z.B. Mieterversammlungen) stattfindet, damit die Mieter den Vermietern geschlossen gegenübertreten können.Als Akt der Notwehr gegen die Vermieter sind Hausbesetzungen und Mieterstreiks nicht ausgeschlossen.

2. VERKEHR:

Situation: Die Einseitige Ausrichtung des Personenverkehrs auf Kraftfahrzeuge hat zur Folge:
a) viele Verkehrsunfälle
b) Verschmutzung der Luft durch Abgase
c) Lärmbelästigung
d) langsames Vorankommen in den Stoßzeiten
e) Verhinderung einer sinnvollen Nutzung der Stadtfläche durch Bau von Straßen und Parkplätzen.
Die Verkehrsunfälle entstehen, weil notwendige Schutzvorrichtungen fehlen. Die Preise für die Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmittel sind noch.

Vorstellungen: 1. Verbannung des Autoverkehrs aus der Innenstadt und Ausbau des Park-and-Ride Systems.
2. Es darf keine Tariferhöhungen geben und das Netz der öffentlichen Verkehrsmittel muß ausgebaut werden.
3. Aktionen zur Schaffung besserer Bedingungen zur Unfallverhütung

Politische Einschätzung: Das Hauptgewicht einer politischen Arbeit im Verkehrsbereich ist auf die Verhinderung von Tariferhöhungen zu legen (Forderungen nach Null-Tarif und Rot-Punkt Aktionen), doch hat die Arbeit nicht so viel Bedeutung wie die Mieterarbeit, da sie die Bevölkerung nicht so konkret betrifft wie diese.

3. AUSLANDER:

In Oststadt und List sind von 73500 Einwohnern 3656 Ausländer; das sind ca. 5%. Dieser Prozentsatz wird steigen. Der politischen Arbeit mit Ausländern kommt also eine wachsende Bedeutung zu. Es soll versucht werden, den Ausländern eine Rechtshilfe zu geben (z. B. Rechtshilfebüro), Die Ausländer über die Gewerkschaft zu informieren, den Kindern bei der Bewältigung ihrer Hausaufgaben zu helfen, ausländische Kinder mit deutschen zusammenzubringen und Sprachschwierigkeiten zu beseitigen.
Dazu sind allerdings Leute nötig, die über Kenntnisse der ausl. Sprachen verfügen.

4. Sehr wichtig für die politische Arbeit ist die Bildung von Schüler und Lehrlingsgruppen. Außerdem sollen Fragen wie allgemeine Rechtshilfe, Gründung eines Kinderladens, Herausgabe einer Stadtteilzeitung, Organisation von politischen Solidaritätsaktionen, die natürlich von der Mehrheit der im Jugendzentrum verkehrenden Jugendlichen gebilligt und möglichst getragen werden müssen, Knast-, Jugendanstaltsarbeit u.ä. ins Auge gefaßt werden.
Die Gruppen die sich mit Stadtteilarbeit beschäftigen, sollen je nach Interessenlage entstehen. Auf jeden Fall sollten sie von einer festen Gruppe ins Leben gerufen werden.

ool-Billard

Krökel-Automat

kleine kurve

gemütliche kneipe

im süden hannovers

Am Lindenhofe 37

Inh.: Doris Eilbrecht

Strassenbahn 1,8,11,16
bis Peiner Strasse

10

KÖLN

(ID)

18.3.
die kölner heinzelmenschen veranstalten in köln zum thema arbeiterselbstverwaltung mehrere film- und diskussionsabende. bis jetzt sind in dieser reihe ein film über lip, sowie über süßmuth gelaufen. veranstaltungen über algerien, jugoslawien, das selbstverwaltungsmodell der CFDT und über spanien sollen folgen.

über diese themen liegt uns jedoch bis jetzt kein dokumentarisches material vor. interessant sind für uns die filme aus betrieben, dias, aber auch fotos. welche genossen besitzen material zu diesen themen bezw. wer kann uns stellen nennen, die darüber material besitzen? genossen, die an solchen veranstaltung interessiert sind, helfen wir gerne auch so etwas auf die beine zu stellen.
kontaktadresse:
h.u.dillmann, 5 köln 1,
postfach 25o263

FRANKFURT

in hannover wurden um die 2ooo dm gesammelt, in hamburg kamen 5oo dm zusammen. in köln protestierten die kölner bürgerinitativen im extrablatt ihrer zeitung, das in 18.ooo exemplaren gedruckt, verkauft und geklebt wurde

HAMBURG/HANNOVER/DORTMUND/
KÖLN/HEIDELBERG (ID)

7.März 1974
in den letzten tagen fanden in verschiedenen städten anlässlich des überfalls auf vier wohnhäuser durch hauptsächlich von "auswärts herbeigereiste" schwerbewaffnete polizeitrupps solidaritätsveranstaltungen statt.

BERLIN (ED/ID)

US-Spezialeinheiten zum "Schutz" der besatzer

19.3.
den aufbau von "spezialeinheiten" der us-army in der brd treiben führungsstäbe der us-amerikanischen besatzungsmacht voran. wie die agentur ppa berichtet, begründen us-offiziere dies mit der behauptung, "daß jeder zeit mit direkten aggressionen gegen amerikanische einrichtungen und personen gerechnet werden muß". von der polizei sei im "ernstfall" kaum umfassende und vor allem schnelle hilfe zu erwarten. die möglichkeit zur aufstellung von "spezialeinheiten" ergebe sich aus dem recht eines militärsbefehlhabers in der brd, "bei unmittelbarer bedrohung seiner streitkräfte angemessene schutzmaßnahmen" zu ergreifen.

in diesem zusammenhang wird auf die "anarchistischen ausschreitungen" bei einer demonstration gegen bodenspekulation und wohnraumvernichtung im frankfurter westend verwiesen.

HÄUSERRAT

Wir brauchen WOHNUNGEN

22.3.
am 21.febr., um 4.21 uhr wurden unsere vier häuser bocken - heimer landstr./schumannstr. im auftrag der intebessengemeinschaft SPD/bubis durch 1.5oo polizisten brutal geräumt. der kinderladen und das mieterzentrum wurden zerstört. der größte teil unserer einrichtung - schränke, betten, bücher, kühlschränke etc. - im gesamtwert von rund 5o.ooo dm wurde unter den trümmern begraben. bis heute haben wir dafür von bubis und der stadt keinen ersatz bekommen. 8o bewohner wurden obdachlos - wir sind es bis heute!
notdürftig, unter einschränkung aller menschlichen bedürfnisse, kampieren wir zusammen in einem großen raum des bonhoefferhauses (studentenwohnheim), mit matratzen, schlafsäcken und zahnbürsten. die kirche nahm uns auf und unterstützt unsere forderung nach ersatzwohnraum, da wir sonst keine bleibe haben.
vertreter der evangelischen kirche, kirchenpräsident hild, die studentenpfarrer und andere sprachen mit OB arndt und sozialdezernent berg.
unsere forderungen sind:
wir wollen als wohngemeinschaften zusammenbleiben, wo wir leben und arbeiten können
-wir wollen ersatzwohnungen zu angemessenen mieten
-wir benötigen geeignete räume für unseren kinderladen, damit die kinder nicht auseinandergerissen werden
-wir wollen ersatz für unser zerstörtes mieterzentrum.
auf druck der evangelischen kirche und verschiedener bürgerinitiativen erklärte OB arndt, er sei bereit, alles zu tun, was in seiner macht steht.

wir haben die stadt darauf aufmerksam gemacht, daß sie uns genug wohnraum zur verfühgung stellen könnte und nannten erstens leerstehende institute und zweitens häuser, die dem land hessen oder der stadt gehören. für diese möglichkeiten erklärte sich berg, der mit uns verhandelte, für nicht zuständig. auch für unseren kinderladen und das mieterzentrum verwies berg auf ein anderes amt; dieses amt erklärte sich jedoch ebensowenig für "zuständig". offensichtlich scheint in dieser stadt keine zuständige stelle für kinderläden zu existieren. einen tag später mußten wir anträge für ersatzwohnungen ausfüllen; damit ging die sache ihren bürokratischen weg. wir haben seitdem nichts mehr von dem amt für wohnungswesen gehört. obwohl in frankfurt 6.4oo luxuswohnungen und über 15o häuser leerstehen, war diese stadt bislang nicht in der lage, uns angemessenen ersatzwohnraum zu beschaffen. so geht es aber nicht nur uns - tausende ausländische und deutsche familien, die derzeit unter menschenunwürdigen bedingungen leben müssen, warten schon seit jahren auf bessere wohnungen.
ungeachtet desssen schmeißt die stadt weitere menschen aus ihren wohnungen raus. 22 hausräumungen stehen bevor. räumungsurteile werden täglich von den gerichten ausgesprochen und vollstreckt. und das, obwohl wohnen ein ganz elementares bedürfnis des menschen ist.
wir wollen uns nicht länger hinhalten und mit mauschelverhandlungen abspeisen lassen!
deshalb haben wir jetzt ein zeltlager auf der hauptwache (stadtzentrum) aufgeschlagen, um unsere situation öffentlich zu demonstrieren. so wie hier im zeltlager leben wir nun schon seit vier wochen. wir wollen und können nicht mehr länger als obdachlose so leben.
wir fordern die stadt deshalb auf, uns bis zum 3o.märz konkrete angebote zu machen!

(ID) ➡

POLIZEI

Mörderische Waffen gegen Demonstranten sichergestellt

"die oben abgebildeten waffen wurden während der demonstration gegen den abriß der besetzten häuser am 23. februar polizeibeamten abgenommen. es handelt sich bei diesen waffen nicht um die normalen dienstpistolen der polizei, sondern um gefährliche, großkalibrige mordwaffen. die erklärungen von frankfurts polizeipräsidenten knut müller, es handele sich um pistolen, sind glatt erlogen. die oben abgebildete waffe ist eine smith & wesson chief spec. revolver mit einem 2-zoll lauf. er hat fünf schuß mit der starken munition des kalibers 38 spec. mit dieser waffe wird fast ausschließlich auf eine entfernung von 3-5 metern trainiert. die anwendung dieses revolvers z.b. während einer demonstration kann keinesfalls der verteidigung, sondern nur zur kaltblütigen tötung dienen. (ungeheure aufhaltekraft-"man-stop-wirkung"). bei der anderen waffe handelt es sich um eine pistole der marke walther P 38 (dienstwaffe der bundeswehr). diese pistole ist eine combatpistole, hat einen revolverabzug und war mit kaliber 9 mm parabellum vollmantel geladen. beide waffen befanden sich in einem sog. schnellziehhalfter, der ein blitzschnelles ziehen erlaubt. beide werden zum kampfmäßigen schießen (combatschuß - reinhalten), d.h. schnellschuß ohne zielen über kimme und korn verwendet. das bedeutet, daß bei ihrer anwendung keine rücksicht auf das leben anderer genommen wird.
wir veröffentlichen diese erklärung und dieses bild erst jetzt, nachdem die beiden waffen außer landes zu einer befreiungsorganisation gebracht worden sind.
wir weisen die öffentlichkeit darauf hin, daß bei demonstrationen in frankfurt polizeibeamte waffen tragen, die nur eine einzige funktion haben können: menschen brutal zu töten."

Dieser Brief wurde am 11.3.veröffentlicht und bereits von mehreren Linken Zeitungen abgedruckt.Wir haben zu dem Brief eine Frage: Was für eine Funktion sollen Waffen in den Händen einer Befreiungsorganisation haben, die nur eine Funktion haben können:Menschen brutal zu töten?

Tribunal stellt physische Folter und Gestapo-Praktiken fest

17.märz
am dienstag letzter woche fand das tribunal "foltert die polizei?" im frankfurter volksbildungsheim statt. da im großen saal nur 2ooo personen platz hatten, mußten viele umkehren - es gab zwar lautsprecherübertragungen in andere räume, doch auch die waren überfüllt.
vor der veranstaltung wurde ein Film -ergebnis der arbeit der "volksfilmbewegung", aus der u.a. alexander kluge und viele amateure ihre filme zur verfügung stellten - über die ereignisse der letzten wochen gezeigt. (der film kann für veranstaltungen über den häuserkampf beim ID angefordert werden)
das tribunal wurde von gerhard zwerenz, jürgen roth, prof.clemens, heinz brandt (IG-metall) und karsten voigt initiiert, um über die brutalitäten der polizei während der februar-ereignisse in frankfurt öffentlichkeit zu schaffen: der untersuchungsausschuß rief ca. 2o zeugen auf, weitere fälle konnten aus zeitmangel nicht mehr behandelt werden. zeugen erklärten an diesem abend, daß sie vorher uneingeschränktes vertrauen zur polizei hatten, und daß es damit aufgrund des tollwütigen verhaltens der polizeibeamten jetzt aus sei.
in den härtesten fällen wurde vom ausschuß "vernehmung unter physischer folter" und "ungebrochene tradition von polizeimethoden des 3. reiches" festgestellt. so wurde z.b. ein gefangener inhaftierten rockern vorgeführt mit der bemerkung: "wegen dem sitzt ihr jetzt hier." die rocker durchschauten die absicht und gaben dem gefangenen zu verstehen, daß er von ihnen nichts zu befürchten habe. darauf wurde der in eine andere zelle verlegt. diese idee des beamten wurzelt in der tradition der nazi-zeit, wo auf ähnliche weise versucht wurde, kriminelle gegen jüdische und politische gefangene aufzubringen.
der schüler hössel wurde, nachdem er geprügelt worden war, gezwungen, sein blut aufzulecken. ein anderer zeuge wurde nach "treffpunkten" und "genossen" befragt und mußte währenddessen mit auf dem kopf verschränkten armen kniebeugen machen.

wieder lieferte die polizei ihr politisches bezugssystem selbst: "damit du mal merkst, wie es im stadion santiago zugeht", sagte einer der beamten.
als zweiter teil des tribunals wurde eine strategiediskussion geführt.
heinz brandt, als revolutionärer schiedsrichter, versuchte zwischen den beiden positionen zu vermitteln, indem er karsten voigt darauf hinwies, daß er wie rudi arndt genauso auf der "schwarzen liste" stehen würde wie z.b. daniel cohn-bendit; zugleich betonte er die notwendigkeit der revolutionäre, verbündete, auch in den reihen der jungsozialisten, zu suchen. dem stimmten auch die vertreter des "revolutionären kampfes" zu.
am nächsten tag gab polizeipräsident müller eine pressekonferenz, auf der er alle mißhandlungen zu bestreiten versuchte. sein verhalten wird nicht mal von der politischen führung der stadt gedeckt: ob arndt hatte schon am tag zuvor erklärt, daß es zu "vorfällen von seiten der polizei gekommen ist, die von niemandem in der polizei verantwortet werden können." müller, diesem kleinen nixon, fiel auf der pressekonferenz nichts besseres ein, als die presse der einseitigkeit zu zeihen - was selbst konservative journalisten verärgerte.
am nachmittag tölpelte müller weiter, indem er im regionalfernsehen die glaubwürdigkeit der zeugen damit zu erschüttern suchte, daß er ihre erkennungsdienstlichen fotos zeigen ließ, auf denen natürlich jeder wie ein verbrecher aussieht.
in einem anderen fall rechtfertigte er das vorgehen der polizei damit, daß der festgenommene stiefel trug. das war selbst dem moderator zu viel, und er erkundigte sich bei müller, ob die polizei schon früher untersuchungen geführt hätte über die zusammenhänge von bekleidung und gesinnung.
nachdem ein zeuge im zusammenhang mit seiner festnahme aussagte: "ich wurde erkennungsdienstlich mißhandelt", versprach sich müller, und beinahe wiederholte er den treffenden ausdruck.
der polizeipräsident sollte schleunigst auf seinen geisteszustand untersucht werden, damit er der frankfurter polizei nicht noch mehr schaden zufügt.

(ID)

PERSIEN

Hinrichtungen

8.3.
nach der hinrichtung der 2 persischen intellektuellen gab es in ganz persien demonstrationen, protestkundgebungen, die trotz zahlreicher verhaftungen nicht verebbten.
an der ganzen universität teheran gab es protestversammlungen. nachdem die polizei in die universität eindrang, breiteten sich demonstrationen auch an den übrigen drei teheraner universitäten aus. schließlich wurden riesige massenkundgebungen auf den straßen veranstaltet, wo immer wieder der sturz des schah-regimes und die zulassung demokratischer freiheiten gefordert wurde. als die polizei eingriff, kam es zu schießereien, bei denen mehrere demonstranten und 3 polizeioffiziere getötet wurden. wie immer zahlreiche verletzte und verhaftungen. einige tage später kam es in der universität teheran zu neuen kämpfen, als ein kommando des SAVAK die universität besetzte.

Folter

8.3.
von den berüchtigten foltern des SAVAK in persischen gefängnissen wurde gelegentlich berichtet. die genaue zahl derer, die in der folter starben, konnte bisher nicht genau ermittelt werden. was aber bekannt wurde, ist, daß die foltertoten in den letzten wochen rapide gestiegen sind. bekannt wurden auch die namen von einigen genossen, die auf diese wise
weise starben:
die freiheitskämpferin malike pazoki starb nach siebenmonatiger haft, die genossin parastou nach einem jahr brutaler folter, ferner die genossen mofadkhah, huschmand-ardjang-khamnei, enaja tollahtadjish und der studienrat peiman.

"PLAKA"
GRIECHISCHE SPEZIALITÄTEN
3 HANNOVER
HILDESHEIMER STRAHE 67
TELEFON (0511) NR 55 43

NACHRICHTEN AUS PERSIEN

20. 3.
nach der verfolgungswelle gegen oppositionelle, intellektuelle, arbeiter, bauern, ist jetzt der persische geheimdienst savak gesäubert worden. 60 savak-leute wurden verhaftet und sechs exekutiert. diese säuberungsmassnahmen wurden vom ehemaligen cia-chef und jetzigen us-botschafter im iran, richard helms geleitet, der zur zeit ein dichtes und schlagfähiges geheimdienstnetz im gesamten nahen osten, dessen zentrale im iran ist, aufbaut.

ROSEN - DEMONSTRATION

nach der hinrichtung von golesorkhi und daneschyan machten studenten in teheran eine ungewöhnliche demonstration. jeder demonstrant trug im knopfloch eine rote rose. golesorkhi heisst "rote rose".

ZUM KRIEG IN DHOFFAR

seit der invasion persischer truppen in dhoffar sind 150 persische soldaten getötet worden. in persien selbst schweigen die nachrichtenorgane über diesen aggressionskrieg. den eltern werden die leichen ihrer gefallenen söhne verweigert. aus protest dagegen demonstrierten die angehörigen der gefallenen vor dem armee-hauptquartier in teheran, um die herausgabe der leichen durchzusetzen. savak-agenten lösten die demonstration auf, indem sie die trauernden in lastwagen verfrachteten und über ganz teheran verteilten.

Studenten

besetzen

Botschaften

am freitag, dem 8.3., um 11 uhr haben mitglieder der konföderation iranischer studenten (national union) mehrere persische vertretungen im ausland, die botschaften in brüssel und stockholm, das konsulat in den haag besetzt, die teile des iranischen territoriums darstellten. vor den botschaften in london und rom haben zahlreiche iranische studenten einen sitzstreik begonnen, ebenso in new york vor dem gebäude der menschenrechtskommission der UNO.

damit protestieren wir gegen die gewaltherrschaft des schah-regimes, die durch terror, folter und mord gekennzeichnet ist. wir protestieren gegen die permanente hinrichtung politischer gegner. wir protestieren gegen die militärischen interventionen gegen die befreiungsbewegungen am persischen golf, besonders in oman und dhoffar, sowie in belutschistan.

seit jahren richten sich die (antiimperialistischen und demokratischen) kämpfe des persichen Volkes auf den sturz der despotischen monarchie, die jegliche kritische äußerung aus der bevölkerung unterdrückt und verfolgt, unter der die zahl der politischen gefangenen von tag zu tag steigt.

wir fordern die entsendung einer delegation der menschenrechtskommission in den iran zur untersuchung der situation der politischen gefangenen. wir werden unsere kampfaktion solange fortsetzen, bis die verwirklichung dieser forderung bindend zugesagt ist.

wir fordern die abschaffung der todesstrafe für alle politischen delikte

wir fordern die abberufung aller iranischen armeeeinheiten aus oman und belutschistan.

in brüssel wurde die besetzte botschaft noch am freitag abend geräumt, die besetzer festgenommen, kurz danach aber freigelassen und aufgefordert das land zu verlassen. ausweisungen wurden nicht ausgesprochen.

nachdem in bonn der vds-kongress sich anschickte eine solidaritätsresolution zu verfassen und sich hinter die forderungen der persischen genossen zu stellen, wurde das kongreßgebäude von starken polizeikräften umstellt. die teilnehmer beschlossen darauf - hin (einstimmig') das umringte gebäude für eine demonstration zu verlassen. sie kamen jedoch nicht weit und machten deshalb auf einem nahegelegenen platz eine kundgebung gegen den besuch des ministerpräsidenten howeidas in der brd und gegen die repression in persien um danach über eine massenhafte demonstration zu beraten. zuvor hatte sich keine deutsche gruppe bereit gefunden, die aktionen der persischen genossen solidarisch zu unterstützen.

inzwischen wurden alle besetzten botschaften geräumt. in stockholm und den haag sitzen die genossen noch in polizeigewahrsam.

Alle Meldungen zu Persien aus:ID

restauranté español

COSTA DEL SOL

täglich
12' mittags bis 2' morgens,
montags ruhetag

kopernikusstr. 6

HALTESTELLE:
LUTHERKIRCHE, linie 6,8

PROZESS

am 28.2. begann in italien der prozeß gegen den anarchisten giovanni marini. marini war seit über 19 monaten unter unerträglichen haftbedingungen im gefängnis. krank und halberblindet wurde er 14 mal in immer andere gefängnisse verlegt, gefoltert, ständig schikaniert und wiederholte male rechtswidrig in einen käfig gesperrt. die aussagen seiner mutter, die ihn im september wenige minuten im sizialianischen gefängnis in caltanisseta sehen konnte: "giovanni ist nicht wiederzuerkennen, überdeckt mit mit blutergüssen und wurden, die augen aufgeschwollen als folge eines monats isolierhaft ohne luft und ohne licht, halb erblindet und wegen des verbots jeglicher kontaktaufnahme selbst mit familienangehörigen psychisch total kaputt . . .".
wenn man sich fragt, warum marini einer derartigen behandlung unterzogen wurde, warum man ihn fertig machen und töten wollte, dann ist es notwendig, die umstände, die zu seiner verhaftung führten, ins gedächtnis zurückzurufen: am 17.juli 1972 wurden in salerno drei anarchisten auf offener straße von einer bande bewaffneter faschisten angegriffen. einer von ihnen, mastro giovanni, wurde zu boden geworfen, und von zwei faschisten, affinato und falvella, mit dolchen bearbeitet. die beiden übrigen, darunter marini, gingen dazwischen, um ihrem genossen zu helfen.
bei dieser schlägerei wurde falvella, ein lokaler MSI-führer, tödlich verwundet. die polizei verhaftete die anarchisten und beschuldigte marini wegen mordes.
marini war über monate die zielscheibe von drohungen und provokationen seitens der faschisten gewesen, weil er den mysteriösen autounfall vom 28.sept.197o untersuchte, bei dem 5 anarchisten, entlastungszeugen im prozeß gegen valpreda den tod gefunden hatten.

MARINI

17

an diesem tag befanden sich die 5 freunde marinis auf dem rückweg von rom, wo sie eine sichtige dokumentation über die rolle der faschisten bei der meiterei in rëgiio di calabria zusammengestellt hatten. um mitternacht erreichte ihr auto gerrentino. es wurde gegenüber eines hauses, das dem faschistischen prinzen valerio borghese gehört, mit voller wucht von einem lastwagen mit aufgeblendetem licht gerammt. als die 5 anarchisten tot gefunden wurden, waren alle ihre papiere verschwunden. der fahrer des last - wagens wurde einige stunden nach dem "unfall" von der polizei freigelassen. es handelt sich um einen faschisten aus salerno, einen militanten der "nationalen front" junio valerio borgheses.
über ihn hatte marini nachforschungen angestellt und dabei zweifellos zuviel rausgekriegt. drohungen und provokationen reichten nun nicht mehr, die faschisten wollten seinen kopf. am abend des todes von falvella sollte eigentlich marini ermordet werden. aber der schlag der faschisten ging daneben. von nun an übernahmen polizei und administration die be - strafungsaktion gegen marini.
das marini heute immer noch am leben ist, obwohl alle maßnahmen in den gefängnissen darauf abgestellt waren, ihn vo beginn seines prozesses zu beseitigen, ist auf die kampagne zurückzuführen, die die italienischen anarchisten mit der roten hilfe für ihn gemacht haben.

ID

ZUR
RAMPE
bei Irmchen Ecke Dieckborn/Rampenstraße

Ist diese Linke noch das Rechte?

Seit jeher gibt es eine bestimmte Sorte von Linken,die sich berufen fühlen,gegen das öffentliche Auftreten der NPD sich zur Wehr zu setzen(im Namen der Arbeiterklasse und der Volksmassen natürlich).

Als nun die NPD seit Jahren mal wieder eine Grossveranstaltung in der Niedersachsenhalle machte,wurde auch prompt zu einer Gegendemonstration aufgerufen.

Entsprechend der in den letzten Jahren stark veränderten politischen Scene in Hannover,waren es diesmal die Gruppen KPD,KB,KPD/ML die entschlossen dem Faschismus entgegen traten.
So versammelten sich denn am Sonntag(1o.3.74)um 13Uhr am Opernplatz die KPDGruppen Braunschweig,Hannover und Barsinghausen,KB(Hannover) sowie einige Vertreter des SJB,die sich jedoch nicht an der Demonstration beteiligten.Die KPD/ML hatte sich bereits um 12Uhr an der Niedersachsenhalle versammelt,war aber wohl mangels Massen wieder abgezogen.

An der Demonstration beteiligten sich insgesamt 18o Leute,darunter ca.5o Nichtorganisierte.Man zog durch die Innenstadt und machte die Bevölkerung auf etwas wieder aufmerksam,was zuvor dem allgemeinen Bewusstsein entschwunden war:die NPD.

Anschliessend zog man per Strassenbahn zur Niedersachsenhalle und stellte sich vor dem Eingang auf. Als man näherrückte,wurde der Eingang mit einer Bullensperrkette "geschützt".Man sang daraufhin einige Lieder(Roter Wedding,Internationale).

Nachdem schon am Vortag bekanntgegeben worden war,es sei ein Buttersäureattentat geplant,und man solle sich entsprechend ausrüsten(Gesichtstücher,Zitronensaft)wurden nun die Gesichtstücher hervorgeholt(übrigens nur sehr wenige,mit der Parteidisziplin scheints in diesem Punkt noch nicht sehr weit zu sein)Truppführer und Ersatztruppführer wurden eingeteilt.Einige Leute erzeugten mit aufrührerischen Reden Kampfstimmung.

Offenbar wollte man die Niedersachsenhalle stürmen,um so die Brutalität der NPDOrdner zu entlarven und natürlich die volksfeindliche SPD,deren Polizei antifaschistische Demonstrationen niederknüppelt.

Doch dann besann man sich,wohl weniger aus politischer Einsicht,als aus taktischen Überlegungen:Die Aufwiegler wurden zurückgepfiffen,der Block aufgelöst.Einige gingen gleich nach Hause,der Rest versammelte sich auf deraanderen Strassenseite und führte Diskussionen über "die Frage der Militanz.

Der grosse Sieg

Ein total betrunkener"Politrocker"der laut verkündete er sei Mitglied der NPD und allen Linken am denen er vorbeikam Prügel androhte,begehrte Einlass in die Niedersachsenhalle und wurde auf Grund seines Zustandes natürlich abgewiesen.Schliesslich gab er es auf und machte sich auf den Weg zur Strassenbahnhaltestelle, nicht ohne noch einmal allen Linken wortstark Prügel zu versprechen.Dann drehte er sich jedoch schnell um und begann wegzulaufen,als er merkte dass ca. 5o Leute langsam auf ihn zugingen.Einige liefen hinterher,die Anderen folgten langsamer.Plötzlich stolperte der Typ,blieb regungslos liegen. 3-4 besonders mutige Linke bearbeiteten ihn daraufhin mit Fusstritten,1 besonders kräftiger Tritt ins Gesicht.
Wahrhaft,die Linken haben an diesem Tage einen grossen Sieg errungen,einen Betrunkenen,am Boden Liegenden zu treten, einen wehrlosen zu misshandeln, das ist es ,was wir von den Faschisten kennen,das ist einer der Gründe,weshalb wir den Faschismus bekämpfen.
Und wir werden auch jeden Linken bekämpfen,der mit den gleichen Methoden arbeitet,sei es nun im grossen Masstab,wie Stalin,der insbesondere seine früheren Mitkämpferumbringen liess,und dessen KZ's heute noch gefüllt sind oder im kleinen,wenn Linke so einen Typen,bloss so einen Fascho, einen,derjja schon nicht mehr zur Gattung Mensch gehört,mit"harmlosen"Fusstritten bearbeiten.
Die Kämpfer der Machnobewegung haben ihre Gefangenen entwaffnet und dann freigelassen ,sie wollten Freiheit für Alle bringen.
was werden jene Linken mit ihren Mitkämpfern,mit ihren Gefangenen machen? Welche Freiheit werden sie uns bringen?

Im weiteren Verlauf wurden dann 2 Leute,die so dumm waren,aus der Gruppe von den 5o,die inzwischen an der Haltestelle standen,wegzulaufen,als ein Bullenwagen auftauchte,von den Bullen festgenommen.Die 2 Leute hatten mit der Sache nichts weiter zu tun,der NPDTyp hatte das wohl auch mitgekriegt,er erstattete jedenfalls keine Anzeige.So kamen die 2 am Abend auch gleich wieder frei.
Der NPDTyp sah zwar recht böse aus war aber nicht ernstlich verletzt worden.Einer derFFestgenommenen war auch recht stark mit Gummiknüppeln bearbeitet worden.Einem Amateurfilmer,der "zufällig"bei der Festnahme gefilmt hatte,nahmen die Demonstranten den Film ab.Weitere Zwischenfälle gab es nicht.

Sicher ist es richtig,den Faschismus zu bekämpfen.Aber wie? Soll man NPD Veranstaltungen stürmen,bloss weil sich der Gegner dort zufällig zeigt? Wer Demonstrationen gegen NPD Veranstaltungen durchführt, tut dies doch nur,weil hier der Kampf möglich ist,nicht weil er hier besonders sinnvoll und wirkungsvoll wäre. So bekämpft man den Hauptfeind NPD, den Hauptfeind Sozialdemokratie,den Hauptfeind Revisionismus,läuft z.B. Gefahr den Hauptfeind CDU aus den Augen zu verlieren.(Warum bekämpft man einzelne Parteien,und nicht wie wir Anarchisten den Parlamentarismus insgesamt?)
Kein KPDMensch kann uns angeben, welchen Einfluss,welche Wirkung die Ansammlung von Parteigenossen vor der Niedersachsenhalle gegen den Faschismus hat.
Es ist eher denkbar,dass die Prügelei von Ultralinken mit Ultrarechten den Rechten die Publicity verschafft,die die immer bedeutungsloser werdende NPD im Augenblick dringend braucht,der KPD, die ja auch viel mit Propagandaeffekten arbeitet,übrigens auch.
Uns scheint es jedenfalls als sei die am Vortag gelaufene Demonstration gegen die Hinrichtung des spanischen Anarchisten Salvador Puig Antich,an der 200-300 Leute teilgenommen haben,ein sinnvollerer Beitrag zum Kampf gegen den Faschismus.

APH

Solidarität mit Götz Buchholz

Weitgehend unbemerkt von den Linken Hannovers laufen die Vorbereitungen zum Prozess gegen den Genossen Götz Buchholz. Nachdem man schon den Prozess gegen Rolf Durang(Arndtstr.) verschlafen hat,hat auch dieser politische Prozess bislang kein breites Echo gefunden.

Götz Buchholz war der für den Raum Hannover presserechtlich Verantwortliche der KPD/ML(Rote Fahne),die sich inzwischen aufgelöst hat;die Anklageschrift machte ihn zum Rädelsführer einer kriminellen Vereinigung(§129),der durch verbreiten von Schriften die BRD böswillig verächtlich machte (§9o).Parallel dazu läuft in Dortmund der Prozess gegen Norbert Osswald und Michael Schulte,ebenfalls presserechtlich verantwortliche der KPD/ML(Rote Fahne),der bereits Anfang März begonnen hat. Hierbei kam es zu grossen Tumulten,in deren Verlauf die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde(Wir werden ausführlicher darüber berichten,sobald das Ergebnis dieses Prozesses vorliegt).
Die Prozesse haben eine grosse Bedeutung,zum ersten mal soll jetzt der §129 auf ML-Organisationen und damit tendenziell auf linke Organisationen überhaupt angewendet werden,dabei bezieht sich das kriminell nicht mehr wie bei der RAF auf Bombenlegen und Bankraub, sondern auf das herausgeben von Zeitungen.
Es ist sicher kein Zufall, wenn die Angeklagten Kommunisten einer Organisation angehören,die nicht mehr existiert,hier erwartet man offenbar am wenigsten Widerstand.Ist erst einmal der Weg geebnet,kann man je nach Bedarf gegen die anderen Organisationen vorgehen.
Um diese Rechnung nicht ganz so glatt zu machen,wurde in Hannover ein Solidaritätskomitee gegründet,es trifft sich jeden Freitag 17Uhr im Thälmann-Buchladen.

Geldspenden(zur Deckung der hohen Prozesskosten)sind möglich auf das Postscheckkonto von Götz Buchholz:
311406-307

Im folgenden drucken wir die von Götz Buchholz herausgegebene Dokumentation(gekürzt) ab,sie zeigt recht deutlich den juristischen und politischen Hintergrund der Prozesse.

ernst thälmann
buchhandlung Grotestr. 13
In der Eröffnungswoche: Sonderangebot!
Klassiker des Marxismus-Leninismus,
Geschichte der Arbeiterbewegung,
Gewerkschaftsarbeit, Arbeiterromane,
Marxistische Ästhetik, fortschrittliche
Kinderbücher, Literatur zu internationalen
Fragen der Arbeiterbewegung.
Linie 1+3 Richtung Limmer,
Haltestelle Grotestr. Geöffnet: 15⁰⁰-18³⁰
Samstag: 10⁰⁰-14⁰⁰

ZUR EINORDNUNG DES PROZESSES

Wenn heute der § 129 StGB wieder offen zur Ausscheltung politischer Gegner eingesetzt wird, so muß dieser Einsatz im Rahmen eines bundesweit koordinierten Vorgehens von Verfassungsschutz, Innenministerien und Justiz gesehen werden:

1. PLANVOLLE AUSWEITUNG DER MITTEL

Nachdem mit dem § 90a (Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole) gewisse Erfahrungen gesammelt worden sind (Aust wurde zu 5000.- DM Geldstrafe, ersatzweise 200 Tage Haft, und in der Berufung zu 3000.- DM Geldstrafe verurteilt, wobei dieser Prozeß vor dem Amtsgericht eröffnet wurde, das maximal 1 Jahr Gefängnis verhängen kann),
nachdem die Bundesanwaltschaft in der (verschleiert) politischen Anwendung des §129 in den RAF-Prozessen den Vorreiter gemacht hat,
wird jetzt als nächste Stufe die offen politische Anwendung des §129 im großen Maßstab vor den politischen Strafkammern der Landgerichte getestet.

Daß hier planvoll ein Schritt nach dem anderen gemacht wird, dafür sprechen folgende Tatsachen:

- Strafanträge gegen Mitglieder des KB Bremen wegen Hochverrats wurden im letzten Jahr auf Betreiben der Bundesanwaltschaft zurückgezogen.
- Der Bundeskanzler gab auf Anfrage der Staatsanwaltschaft Lüneburg nicht die Genehmigung, ein Verfahren gegen sich nach §90b (Beleidigung des Bundeskanzlers - Mindeststrafe 3 Monate Gefängnis) zu eröffnen.

2. ZIEL DER PROZESSE: SCHAFFUNG VON PRÄZEDENZFÄLLEN

Die laufenden Verfahren zeigen, daß hier die Justiz nicht wild in der Gegend herumballert, um einzelne Leute auf Dauer auszuschalten, sondern daß es ihr bei ihrem planvollen Vorgehen in erster Linie auf die Schaffung von weiter verwertbaren Musterurteilen ankommt:

- ein gegen mich gestellter Strafantrag wegen Beleidigung ausländischer Staatsoberhäupter (Golda Meir) taucht in der Anklageschrift nicht auf.
- Der Prozess gegen Schulte/Oswald liegen laut Anklageschrift mehr als 300 (!!) Ermittlungsverfahren aus einem Jahr bei der Staatsanwaltschaft Dortmund zugrunde, "von denen die meisten im Hinblick auf das vorliegende Verfahren ... vorläufig eingestellt worden sind" (aber jederzeit wieder eröffnet werden können!)
- Dagegen werden etwa 25 Seiten der Anklageschrift gegen mich zu einer Muster-Argumentation des Nachweises der Verfassungsfeindlichkeit einer kommunistischen Organisation - bezogen auf die KPD/ML (RF), aber anwendbar auf jede andere Organisation - verwendet.
- Aus der Not, Horst Mahler die Beteiligung an Banküberfällen nicht nachweisen zu können, machte die Bundesanwaltschaft eine Tugend und konstruierte ein bisher nicht dagewesenes "Beweis"-Verfahren, das erlaubt, Angehörige linker Organisationen wegen Taten zu verurteilen, die ihnen gar nicht nachgewiesen werden können. (Dazu siehe weiter hinten)

3. BUNDESWEITE KOORDINATION

Diese Prozesse beruhen nicht - wie schon angedeutet - auf Einzelleistungen verschiedener Staatsanwälte, sondern sind ganz offensichtlich bundesweit koordiniert:

- Auf Anfrage der Staatsanwaltschaft Lüneburg hat die Staatsanwaltschaft Dortmund ihr ein Exemplar der Anklageschrift gegen Schulte/Oswald zugesandt, das ganz offensichtlich Vorlage zu meiner Anklageschrift war: seitenlang die gleiche Argumentation - allerdings gegenüber Schulte/Oswald vertieft und erweitert - die gleichen Zitate in der gleichen Reihenfolge.
- Dabei handelt es sich offensichtlich um ein übliches Vorgehen: Die Ermittlungen gegen den Presseverantwortlichen der KPD/ML (RM) in Hannover wegen §90a begannen mit dem Anfordern der Anklageschrift gegen Ernst Aust. (Eine Anklage liegt in diesem Fall noch nicht vor.)

4. HERR DER VERFAHREN: DER VERFASSUNGSSCHUTZ

Auffällig an beiden Anklageschriften ist, daß Dinge, die zumindest der Verfassungsschutz mit Sicherheit weiß, und die z. T. prozessverwendbar wären, nicht benutzt werden.

So rätselt die Staatsanwaltschaft Dortmund herum:

> "Wo das Blatt (die Rote Fahne) gedruckt wird, hat sich nicht eindeutig klären lassen. Das Impressum des Blattes enthält regelmäßig die Zeile: 'Druck und Verlag NAV-GmbH, 1 Berlin 36 ...' Nach dem Ergebnis der Ermittlungen gibt es zwar einen solchen Verlag, in dem sich auch eine Rotaprint Kleinoffsetdruckerei befindet. Ob der Druck dort erfolgt, ist jedoch nicht zu klären gewesen. Was den Verlag des Blattes angeht, so sprechen die ermittelten Umstände, insbesondere das schlagartige Erscheinen der druckfrischen Ausgabe der 'Roten Fahne' zu allererst und nahezu ausschließlich im Ruhrgebiet dafür, daß entgegen dem Impressum Verlags- und Erscheinungsort nicht Berlin (West) ist, sondern eine Stadt im Ruhrgebiet, möglicherweise Bochum."

Die NAV-Druckerei, deren Adresse nach Aussagen von Genossen nie geheimgehalten wurde, wurde wochenlang offen bespitzelt, durch Zivilbullen, die tagelang auf der gegenüberliegenden Straßenseite herumstanden und sich notierten, wer ein und ausging.

Ähnliche Beispiele lassen sich zu Genüge finden. Wieso? Zu erklären ist das höchstens so, daß der Verfassungsschutz die Verfahren lenkt, indem er den Staatsanwaltschaften bestimmtes, für eine Anklage ausreichendes Material zusammengestellt hat. Offensichtlich will er aber nicht mit all seinen Kenntnissen herausrücken, da er sonst unter Umständen seine V-Leute im Prozess vorführen müßte, zum anderen, um die linken Gruppen in Sicherheit zu wiegen und über seine Methoden und Kenntnisse im Unklaren zu lassen.

5. PRÄZISE POLITISCHE AUSRICHTUNG

Jeder dieser Prozesse ist Bestandteil eines planvollen Vorgehens für die politische Verfolgung. Sie sollen dazu dienen, dieses Konzept juristisch abzusichern. So entspricht dann die Aussage in der Anklageschrift

> "Die KPD/ML ist keine Fortführung oder Ersatzorganisation der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen KPD,"

voll der augenblicklichen staatlichen Taktik, einen klaren Trennungsstrich zwischen DKP und den "Maoisten" zu ziehen, um je nach Lage gegen die einen oder anderen getrennt vorgehen zu können. Der Vorschlag von NRW-Innenminister Weyer, gegen die DKP als Nachfolgeorganisation der KPD vorzugehen, während die "Maoisten" vom Bundesverfassungsgericht verboten werden sollen, hat inzwischen, im obigen Zitat der Anklageschrift und im jüngsten Urteil des Bundesgerichtshofes, das der "KPD" die Parteieigenschaft zuerkennt, voll seinen juristischen Niederschlag gefunden.

ZUM INHALT DES PROZESSES

Befreit man die Anklageschriften von allen nicht prozess-verwendbaren Unterstellungen, von antikommunistischer Stimmungsmache, so kristallisieren sich im wesentlichen folgende Punkte heraus, die - werden sie durch ein entsprechendes Urteil rechtskräftig gemacht - nicht nur auf kommunistische, sondern ebenso auf demokratische Organisationen anzuwenden sind.

1. EINSCHRÄNKUNG DER GRUNDRECHTE AUF
- FREIHEIT DER MEINUNGSÄUSSERUNG
- FREIHEIT DER INFORMATION
- PRESSEFREIHEIT

Artikel 5 GRUNDGESETZ

[Meinungsfreiheit]

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

Dazu heißt es in der Anklageschrift:

> "Der Angeschuldigte kann nicht für sich in Anspruch nehmen, bei seiner publizistischen Tätigkeit noch in den Schranken des Grundrechts der freien Meinungsäußerung und der Pressefreiheit (Art. 5 Grundgesetz) gehandelt zu haben. Es ging ihm nicht darum, sich kritisch mit den Vorgängen des politischen Lebens auseinanderzusetzen und am politischen Meinungskampf teilzunehmen. Vielmehr führte der Angeschuldigte mit seiner Hetze und seinen Diffamierungen aufgrund seiner politischen Grundeinstellung fortgesetzt Angriffe auf den Staat und seine Verfassungsordnung selbst, um im Endziel diese Staatsordnung gewaltsam zu stürzen und durch eine als 'Diktatur des Proletariats' bezeichnete Gewalt- und Willkürherrschaft zu ersetzen."

Um diesen Vorwurf zu begründen, zitiert die Anklageschrift die Rote Fahne 15/72:

> "Das westdeutsche Grundgesetz gibt sich als demokratisch und 'freiheitlichste Verfassung, die Deutschland je hatte'. Nun, das ist nicht als Betrug und Demagogie ... Das Volk ist nicht der Herrscher, sondern das Kapital ... Die Notstandsgesetze gestatten es den Monopolen, auf den Schleier des Parlamentarismus 'legal' zu verzichten und sich ausschließlich auf den nackten Terror von Armee, Polizei, Bundesgrenzschutz, Staatspolizei und Klassenjustiz zu stützen ... Angeblich ist durch Wahlen garantiert, daß die Macht im Staate vom Volk und nicht von den Monopolen ausgeht. Die Wahlen sollen 'frei' sein. Aber das ist Lug und Trug ... Das Parlament soll gerade in den Massen die Hoffnung erwecken, durch Wahlen ihre Geschicke zu ändern, sogar den Sozialismus errichten zu können, wie es die Sozialdemokratie und die Revisionisten der D"K"P versprechen."

Diese Zitate sind aus einer ganzen Zeitungsseite zusammengesucht, einem Artikel, der sich mit der damals aktuellen Frage der Neuwahlen und der Taktik der KPD/ML bei den Neuwahlen auseinandersetzte.

Der Artikel enthält eine sehr konkrete politische Auseinandersetzung, die allerdings in der Anklageschrift verschwiegen wird.

Der Staatsanwalt schafft das mit geschickten Verkürzungen. So behauptet er, der Satz "Die Wahlen sollen frei sein, aber das ist Lug und Trug" sei eine Diffamierung der BRD. Aber er verschweigt, daß dieser Satz ausführlich begründet wird. Die Rote Fahne argumentiert nämlich, man könne von einer freien Wahl dann nicht sprechen, wenn sie eingeschränkt ist
- durch das KPD-Verbot,
- durch Genschers und Naubauers ausdrückliche Aussagen, bei den ml-Organisationen handele es sich nicht um Parteien,
- durch die staatliche Finanzierung der Bonner Parteien,
- durch die Bekämpfung der Organisationen der Arbeiterklasse,
- durch die 5%-Klausel.

Das verschweigt der Staatsanwalt. Er kürzt konkrete politische Artikel zu einer Aneinanderreihung unzusammenhängender allgemeiner Aussagen und behauptet dann: Der Angeschuldigte wollte sich nicht am politischen Meinungskampf beteiligen.

Dann folgt der zweite Teil der Begründung, in dem der Staatsanwalt Beispiele dafür nennt, was er unter Hetze und Diffamierung versteht:

> "Schimpfworte wie: 'reaktionäre Verfassung,... Klassenjustiz, ... Bürgerkriegsarmee (gemeint ist der Bundesgrenzschutz), ... reaktionäres Ausländergesetz, ... reaktionäres Notstandsgesetz usw."

Wer solche"Schimpfworte"benutzt, meint der Staatsanwalt, hat sein Recht auf freie Meinungsäußerung verwirkt. Es ist deutlich, daß dies Vorgehen nicht allein auf Kommunisten gemünzt ist, denn solche und"schlimmere" Begriffe werden ebensogut von Jusos oder anderen Gruppen verwendet. Und auch für die würde dann entsprechend der Anklageschrift gelten: Das geht über die freie Meinungsäußerung hinaus - also Verstoß gegen §90 a StGB.

rote hilfe
bochum

GEGEN POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG

DOKUMENTATION

zum Prozeß gegen

Norbert Osswald und Michael Schulte

am 22.2.74 und 1.3.74

in Dortmund

§ 90a

BESCHIMPFUNG und VERÄCHTLICHMACHUNG

§ 129

KRIMINELLE VEREINIGUNG

SOLIDARITÄTSPREIS 1,50

ERHÄLTL. IM ARBEITERBUCH, EISENSTR. 20 (AB 4.2.: ERNST-THÄLMANN-BUCHHANDLUNG, GROTESTR. 13 ⟶

1.

Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole

§ 90a [I] **Wer öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften, Tonträgern, Abbildungen oder Darstellungen**

1. die Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder oder ihre verfassungsmäßige Ordnung beschimpft oder böswillig verächtlich macht oder ...

wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft.

[II] **Die Strafe ist Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren, wenn der**

Täter sich durch die Tat absichtlich für Bestrebungen gegen den Bestand der Bundesrepublik Deutschland oder gegen Verfassungsgrundsätze einsetzt.

Die Einschränkung der Pressefreiheit bedeutet gleichzeitig eine Einschränkung des Grundrechts auf freie Information, weil dann bestimmte - verbotene - Aussagen "in allgemein zugänglichen Quellen" nicht mehr zu finden sein werden.

Die Definition dieser Begriffe, die per Gerichtsurteil aus der öffentlichen Diskussion gestrichen werden sollen, spricht Bände über die Zielrichtung der Prozesse:

Neben den vorn genannten Aussagen, die den reaktionären und Klassencharakter der BRD und bestimmter Organe und Gesetze kennzeichnen, geht es dabei um folgende, die der Staatsanwalt in der Anklageschrift gegen Schulte/Osswald mit schöner Offenheit als besonders wichtig unterstrichen hat:

> **"die Kapitalisten und ihr Bonner Staat",**
> **"Krupp und Thyssen und ihre Staatsdiener",**
> **"die Arbeiterklasse und das werktätige Volk müssen diesen Staat stürzen, wenn sie wirkliche Demokratie erreichen wollen",**
> **"... kämpft für den Sturz dieses und für die Errichtung des Staates der Werktätigen, in dem nicht Unterdrückung und Ausbeutung herrschen."**

Um es zu wiederholen: Diese Aussagen sind nach Ansicht des Staatsanwalts kriminell und mit einer Gefängnisstrafe von bis zu fünf Jahren bedroht!

Das ist die Fortführung des Appells von Willy Brandt, der in seiner Neujahrsansprache sinngemäß sagte, es sei 1974 wichtiger denn je, daß wir alle fest davon überzeugt sind, daß das freiheitlich-demokratische System der BRD allen anderen Gesellschaftssystemen überlegen ist!

> **"daß die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der BRD sowie die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung hierzu jedenfalls zum gegenwärtigen Zeitpunkt (!) die Chancen eines revolutionären Umsturzes gering erscheinen lassen. Da eine'revolutionäre Stimmung' weitgehend fehlt, sieht es die Gruppe als erforderlich an, durch ihre publizistische Tätigkeit eine solche erst einmal zu schaffen." (Anklageschrift Schulte/Osswald).**

Was das in den Augen des Staatsanwaltes bedeutet, steht in seiner Anklageschrift:

> **"Diese Betätigung führt notwendig und gewollt zur Beeinträchtigung und - wenn ihr nicht Einhalt geboten wird - letztlich zur Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung."**

2. EINSCHRÄNKUNG DES GRUNDRECHTS AUF ORGANISATIONSFREIHEIT

Artikel 9 GRUNDGESETZ
[Vereinigungsfreiheit]

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.

Auch dieses Grundrecht in einem Aufwasch mit beiseitezufegen schafft der Staatsanwalt mit Leichtigkeit. Er argumentiert folgendermaßen:

2

- er wiederholt verschiedentlich, daß die Tätigkeit der Gruppe derzeit im wesentlichen in der Herausgabe von Flugschriften bestand.
- Da diese Flugschriften - wie vorn nachgewiesen - strafbaren Inhalt hätten, ist ihre Herausgabe eine Straftat.
- Damit war die KPD/ML (RF) eine kriminelle Vereinigung im Sinne des Strafgesetzbuches ("eine Vereinigung ..., deren ... Tätigkeit darauf gerichtet ist, strafbare Handlungen zu begehen").

Fertig. Da braucht man keine Banküberfälle, keine gestörten Vorlesungen, keine verprügelten Polizisten oder besetzte Rathäuser. Es reicht aus, daß die Gruppe Flugblätter angeblich strafbaren Inhalts herausgegeben hat, um festzustellen:

> "Bei der Gruppe'KPD/ML' Fraktion 'Rote Fahne' dürfte es sich um eine kriminelle Vereinigung im Sinne des §129 StGB handeln."

Als wäre dem Staatsanwalt bei dieser Argumentation selbst nicht ganz wohl,"untermauert" er diese Argumentation mit folgendem schlagenden Beweis:

> "Dabei zeigt die Tatsache, daß sich die Gruppe ständig gegen 'den Versuch, die kommunistische Partei als kriminelle Vereinigung abzustempeln', wehrt, daß sie sich dieser Eigenschaft, einer kriminelle Vereinigung zu sein, deutlich bewußt ist."

Man muß sich vor Augenhalten, welch weitreichende Handhabe sich die Justiz mit dieser Argumentation schafft: Wieviele Gruppen haben im Kampf gegen die Notstandsgesetze weit schärfere als die bereits strafbare Formulierung "reaktionär" verwendet - sie alle würden nach obiger Argumentation unter die Definition der kriminellen Vereinigung fallen!

3. RÜCKGRIFF AUF FASCHISTISCHE RECHTS-PRINZIPIEN

Gesinnungsjustiz:
Überall dort, wo die Justiz nicht in der Lage ist, von ihr erhobene Vorwürfe gegen politische Gegner zu beweisen, muß sie sich ein neues Kriterium für die Strafe suchen. Dies Kriterium heißt seit dem Hitlerfaschismus: Gesinnung.

> "Wer Landesverrat übt, soll nicht bestraft werden nach dem Umfang und Ausmaß seiner Tat, sondern nach seiner zutage getretenen Gesinnung." (Adolf Hitler am 13.7.1934)

Wo liegt der Unterschied zu den vorliegenden Anklagen, in denen die Staatsanwaltschaft zur Frage der Hetze und Diffamierung feststellt:

> "Entscheidend (!) ist, daß die Angeschuldigten auf Grund ihrer politischen Vorstellungen von einem fanatischen Hass auf die BRD und die in ihr herrschende verfassungsmäßige Ordnung erfüllt sind." (Anklage gegen Schulte/Osswald - sinngemäß, wenn auch nicht mehr ganz so deutlich, in meiner Anklage)

Entscheidend ist für den Staatsanwalt also nicht, was die Angeklagten getan haben, entscheidend ist, was sie seiner Meinung nach für eine Gesinnung haben: sie hassen die BRD - dafür sollen sie bestraft werden. (Auf die "Diffamierung", Marxisten würden sich bei ihren Taten von Gefühlen, nämlich Hass, leiten lassen, wird weiter hinten einzugehen sein.)

Man könnte versucht sein, wegen dieser erstaunlich offenen Formulierung der Gesinnungsjustiz als gültigem Rechtsprinzip von einer "unglücklichen" Formulierung zu sprechen. Das trifft nicht zu - der Staatsanwalt weiß, was er schreibt. Beweis: Der Prozeß gegen Horst Mahler.

Horst Mahler wurde für die Beteiligung an einem Bankraub zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt, obwohl ihm die Beteiligung nicht bewiesen werden konnte. Die Bundesanwaltschaft argumentierte folgendermaßen:

- Gewisse Indizien sprechen für eine Beteiligung Mahlers am Banküberfall.
- Mahler ist Mitglied der RAF, die notfalls bereit ist, zur Erreichung ihrer Ziele auch illegale Mittel einzusetzen.
- Mahler hat sich weder allgemein von Banküberfällen noch konkret von dem ihm zur Last gelegten Banküberfall distanziert. Damit ist er der Beteiligung an diesem Banküberfall überführt.

Diese Argumentation des Bundesanwalts - die erstmalig in dieser Form in der Rechtsprechung auftaucht - wurde vom Gericht übernommen, Mahler wurde verurteilt, obwohl ihm eine Schuld nicht bewiesen werden konnte.

So schafft sich die Justiz eine konkrete Anwendungsmöglichkeit für das faschistische Prinzip der Gesinnungsjustiz, mit der Kommunisten - seien sie schuldig oder nicht - für beliebig lange Zeit in Gefängnisse gesteckt werden können. (siehe dazu: Scilly/Straubele: Plädoyers einer politischen Verteidigung, Merve-Verlag Berlin 1973)

4. DIFFAMIERUNG DES BEFREIUNGSKAMPFES DER VÖLKER DER DRITTEN WELT

Belohnung und Billigung von Verbrechen

140 [1] Wer eine der in § 138 Abs. 1 genannten mit Strafe bedrohten Handlungen belohnt oder öffentlich billigt, nachdem sie begangen oder ihre Begehung versucht worden ist, wird, soweit nicht in anderen Vorschriften eine schwerere Strafe angedroht ist, mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bestraft. Daneben kann auf Geldstrafe erkannt werden.

Diesen Tatbestand erfüllt, laut Anklageschrift, ein Flugblatt, das zum Massaker von München (während der Olympiade 1972) Stellung nahm. Das erscheint zunächst verwunderlich, da diesem Flugblatt einige Tage später eine neue Stellungnahme mit einer ausführlichen Selbstkritik folgte.

DRUMHERUM: UNTERSTELLUNGEN UND STIMMUNGSMACHE

Um von diesem Kern abzulenken und aus den Angeklagten böse Buh-Männer zu machen, mit denen kein Demokrat etwas zu tun haben will, hat sich die Staatsanwaltschaft große Mühe gemacht, dieses Paket auf 60 Seiten in Unterstellungen, Stimmungsmache und Antikommunismus zu verpacken.

Das beginnt mit Feststellungen, die keinerlei Beweisgehalt für die Anklage haben, aber gewisse Vorstellungen abrunden können, wie

> "... China und Albanien, wohin übrigens Kontakte durch Besuche von Gruppenmitgliedern bestehen" oder
>
> "... Buchladen 'Arbeiterbuch' in Hannover, Elisenstrasse 2a - nahe der damaligen Wohnung des Angeklagten".

Sind diese Feststellungen noch harmlos, so sind die folgenden einfach falsch bzw. nicht zu beweisen:

> So heißt es auf Seite 38: "Ein Teil der Flugschriften dürfte auf einer bei dem Angeschuldigten vorgefundenen Schreibmaschine geschrieben worden sein." 12 Seiten später ist der Staatsanwalt schon etwas sicherer: "Die Betriebszeitung wurde offensichtlich auf der in der Wohnung des Beschuldigten vorgefundenen Schreibmaschine geschrieben," und auf der nächsten Seite ist dann auch dieser kleine Zweifel beseitigt: "... Text dieses Aufrufs wurde auf der bei dem Angeschuldigten vorgefundenen Schreibmaschine geschrieben."
> Ist der Beweis dermaßen gelungen, kann der Staatsanwalt auf Seite 55 zusammenfassen: "Der Angeschuldigte war,... - wie aus der Benutzung seiner Schreibmaschine für Flugschriften ... hervorgeht - selbst an der Herausgabe der Flugschriften beteiligt."

Größeres Gewicht bekommt dies Vorgehen, wenn der Staatsanwalt durch reine Stimmungsmache - nämlich die Aufzählung nicht verwertbarer Aussagen - versucht, mich als gefährlich aufzubauen.

- So führt er an, daß ich 1970 wegen Nötigung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte angeklagt war (ich war bei der Besetzung des Steintorkreisels während der Üstra-Blockade 1969 verhaftet worden). Dies Verfahren wurde wurde auf Grund des Amnestiegesetzes eingestellt, aber das hindert den Staatsanwalt nicht, es wieder hervorzukramen mit dem Unterton: Naja, es ist eben eingestellt worden - wer weiß, was sonst herausgekommen wäre.
- Ebenso wird mir in der Anklageschrift ein Vergehen nach §90b (Beleidigung des Bundeskanzlers) vorgeworfen, wobei aber weder Strafanträge noch eine Ermächtigung zur Strafverfolgung hierfür vorliegen.
- Schließlich wird seitenweise aus einem "Taktischen Plan für die Demonstration am Antikriegstag in München"zitiert - ohne daß mir auch nur die Kenntnis dieses Plans nachgewiesen werden kann. Denn dieser Plan wurde nicht etwa bei der Hausdurchsuchung in meiner Wohnung, sondern bei Demonstrationsteilnehmern in München "sichergestellt". Bewiesen läßt sich mit ihm also nichts, wohl aber Stimmung machen.
- Das gleiche Verfahren wird bei Schulte/Osswald angewandt: Die Tatsache, daß Osswald, der als Lehrer an einer Berufschule auf Grund des Berufsverbots entlassen wurde, wird jetzt in der Anklageschrift als Beweis für seine "Gefährlichkeit" angeführt.

Aber das klärt sich auf, wenn man die Anklageschrift weiter liest:

> "Die Billigung des Mordes an den Geiseln liegt insbesondere darin, daß es als Recht und Pflicht der arabischen Völker angesehen wird (Flugblatt-Text: gegen die Versklavung der arabischen Völker durch die Zionisten) zu den Waffen zu greifen."

Mit anderen Worten: Das eigentliche"Verbrechen", das zu billigen nach Ansicht des Staatsanwalts strafbar ist, ist, daß die arabischen Völker den bewaffneten Befreiungskampf aufgenommen haben!

Zum Zeitpunkt der Erstellung der Anklageschrift gab es allerdings noch keinen Ölboykott - da konnte der Staatsanwalt seine Meinung noch offen sagen.

SPANIEN

SALVADOR PUIG ANTICH ERMORDET

Puig-Antich wird auf einen Holzschemel gefesselt und sein Kopf wird in ein Würgeeisen gelegt, das an einem Balken befestigt ist. Nun dreht der Henker das Gewinde langsam zu. Gleichzeitig bohrt sich von hinten, durch den Balken, ein Dorn langsam in die Wirbelsäule hinein. Der Todeskampf dauert 5 bis 2o Minuten, je nach Lust und Laune des Henkers. Puig-Antich gehörte der politisch-militärischen "Movimento Iberico de Liberation"(MIL) an. Dies Gruppe arbeitete, wie es unter den gegebenen Umständen gar nicht anders möglich ist, illegal und enteignete in den spanischen Banken das Geld planmäßig das die spanischen Großgrundbesitzer und Industriellen zuvor ebenso systematisch den verarmten Bauern und Arbeitern geraubt hatten. Die Herrschenden nenn das freilich Bankraub, wohingegen sie die Ausbeutung der Arbeiter nur ungern Lohnraub nennen...
Nach einem geheimen Zusammentreffen der MIL wurden mehrere Mitglieder, darunter Puig-Antich, von der faschistischen "Brigada Politico Social" (als Folterbrigade berüchtigte politische Polizei) überfallen. Puig-Antich wurde mit einem Gewehrkolben brutal zusammengeschlagen und schwer mißhandelt. In seiner Todesangst, wie ein Hund erschlagen zu werden, zog er eine Waffe, die bei seiner Durchsuchung nicht gefunden wurde und schoß auf den Polizisten. (wer hätte in einer solchen Situation nicht anders gehandelt!) So konnte er entkommen! Beim Versuch die Grenze nach Frankreich zu überschreiten, wurde er verhaftet und am 8.1.74 zum Tode verurteilt. Hingerichtet wurde er am Morgen des 3.3..
3ooo Spanier wurden von der Polizei daran gehindert, an Puig-Antich's Beerdigung teilzunehmen. In Rom wurde die spanische Botschaft mit Molotowcocktails angegriffen. Große Demonstrationen gab es in Paris, bei denen die spanischen Banken ziemlich demoliert wurden.
In Deutschland spiegelte sich die Situation in der Linken Bewegung ganz klar in Ihren Aktionen wieder:
Zwei Kleine Demos in Frankfurt und ein Witz von einer Zentralen Demo in Düsseldorf.

1970:
Die 6 Todesurteile des Burgosprozeß wer werden verhindert!!

Der Przeß von Burgos markiert eine Epoche im Kampf gegen das Franco-Regime in der gleichen Weise, wie die Ermordung von Puig-Antich in Barcelona. Zwischen beiden Ereignissen liegt nur ein Zeitraum von von etwas mehr als 3 Jahren, und entgegen aller Logik, wurden die 197o verurteilten begnadigt. Der Burgos-Prozeß hatte in Barcelona eine ganz besondere Resonanz gefunden; so kämpfte Barcelona nach 14 Jahren relativer Ruhe (damals war die Stadt Zeuge und Akteur des großen Streiks der Transpoetarbeiter, der durch die nachfolgenden Repressionen die Zerstörung des organisatorischen Apparates der CNT nach sich zog -- jener anarchosyndikalistischen Gewerkschaft, die der Motor aller wirklich revolutionären Bewegungen Spaniens war) ohne Zweifel während des ganzen Monats Dezember'7o am meisten, um die Exekution der 6 baskischen Revolutionäre zu verhindern. Seit dem sind die Aktionen in Barcelona ständig gewachsen - sowohl in Bezug auf ihre Anzahl, als auch auf ihre Radikalität. Davon zeugt auch die Ermordung eines Arbeiters der Autofabrik SEAT (eine Filiale von FIAT, die die meisten in Spanien gefahrenen Wagen produziert), der Streik bei Harry Walker, der über einen Monat dauerte und internationale Komplikationen für den Walkerkonzern in Europa mit sich brachte. Schwere Vorfälle, die ganze Industrieviertel betreffen, fanden ihren Höhepunkt in der Ermordung von zwei Bauarbeitern, die im April letzten Jahres gegen ihre Hungerlöhne protestierten.
All das muß bei der Beurteilung der Lage auf der iberischen Halbinsel berücksichtigt werden, von der 2 morde in Erandio, 2 Morde in Granada, einer in Santiago de Compostella und einer in Madrid Zeugniß geben. Es handelte sich immer um spontane und radikale Bewegungen, die autonomen Charakter trugen, und deren Aktionen von keiner der bestehenden Organisationen initiiert wurden, obwohl die sogenannten Arbeiterkommisionen (eine Mischung aus Kommunisten und Katholiken) versucht haben, diese Bewegungen auf ihren Kurs zu bringen.

die MIL

und die ETA

MIL und ETA sind von ihrer Organisation her ähnlich aufgebaut; beide benutzen als Taktik den Guerrilla-Kampf; sie unterscheiden sich darin, daß die ETA für ein autonomes, freies Baskenland kämpft und die MIL für die soziale Revolution in ganz Spanien, obwohl ihr Aktionsradius auf Katalonien beschränkt bleibt (Gebiet mit stark anarchistischer Prägung, das von jeher eine starke Opposition gegen das Franco-Regime gebildet hat). Die ETA (in der von Trotzkisten bis zu Anarchisten alles vertreten ist) ist eine bekannte Organisation, die ihre Verantwortlichkeit und Effektivität unter Beweis gestellt hat, soweit es sich auf taktische Fragen bezieht. Die ETA verfügt über ein weites Netz der Unterstützung und Sympathie im ganzen Baskenland, was ihr ermöglicht, jedweden Schlag der Reaktion zu bremsen, während sie gleichzeitig mit einer effektiven Kenntnis ihrer Motivationen bei der Bevölkerung rechnen kann.
Die MIL hat sich zum Ziel gesetzt, in Katalonien eine Taktik der Stadtguerrilla zu entwickeln, vornehmlich in Barcelona, einer Stadt mit 3 Millionen Einwohnern, von denen eine Million Industriearbeiter sind, und die die wichtigste Industriestadt Spaniens ist. Mankann sagen, daß die MIL aus zwei Gruppen besteht: eine, die in Barcelona die Aktionen ausführt, und eine andere, die sie mit Material und Propaganda im Ausland unterstützt. Offensichtlich zwingt die Radikalität ihrer Aktionen sie dazu, eine völlige Konspirativität und Abgeschlossenheit zu bewahren -- nicht nur in Bezug auf die Zivilbevölkerung allgemein, sondern auch gegenüber anderen Gruppen, die in Spanien gegen das herrschende Regime kämpfen. Daher sind ihre Kontakte mit der realen illegalen Opposition gleich null. (Niemand, absolut niemand hat in Spanien auch nur eine Pesete von ihren Überfällen gesehen.)
Wie man sieht, ist der Unterschied zwischen MIL und ETA beträchtlich. Die Ersten, vom Volk beschützt, haben Unterstützung, die Zweiten, völlig unbekannt und außerdem in vielen Fällen keine Ex-
[illegible] sind ein leichtes Opfer einer
[illegible] von der man über ihre Brauch-
[illegible] die Schützer eine faschistischen
[illegible] zitieren brauvh, daß sie
[illegible] ier als Gründer und Lehrmei-

[illegible] der MIL diese Umstände
[illegible] glaubte sie zu lösen,
indem sie davon ausging, daß sie aus ihrer Praxis eine Verbindung zu den unterdrückten Arbeitermassen Barcelonas herstellen könnte.
In der Tat hielt sich die MIL für den Funken, der dieses große Pulverfaß, das Spanien darstellt, zur Explosion bringen würde. Unterschätzte auf der einen Seite die Kräfte der Unterdrückung, und auf der anderen Seite ebenso diejenigen kleinen Einheiten und Gruppen in der Arbeiterbewegung Barcelonas, die schon seit Jahren, wenn auch in kleinen Verbänden, aber mit viel Erfahrung arbeiten.
Wie wir sehen, gibt es viele Gemeinsamkeiten zwischen der MIL und der RAF, deren Aktionen auf die selbe Mentalität zurückzuführen sind. Natürlich kann man beiden nicht ihre Verdienste schmälern, wie sie sich als Individuen sowohl im einen, als im anderen Fall verhalten, und sogar ihr Leben gegeben haben. Aber, wenn es wahr ist, daß diese Art des Handelns in jedem Genossen Gefühle der Solidarität und persönlichen Beifall weckt, ist es ebenso wahr, daß diese Gefühle zu einer grpßen Bitterkeit führen, wenn man sieht, wie wenig effektiv dieser Heroismus war. Damit wir uns versten: hier hat es sich nicht darum gehandelt, die Ideologie der MIL zu analysieren, die sie nie gehabt hat (es wäre wichtig zu wissen, ob beabsichtigt oder unbeabsichtigt), sondern vielmehr um den taktischen Fehler, nicht auf die Massen zu rechnen. Es stimmt natürlich, daß es sich hierbei um eine bestimmte geistige Situation der jüngsten Teile der antifaschistischen Opposition handelt, die, da sie von Kindheit an mit der Muttermilch nichts anderes als Faschismus eingesogen hat, darauf aus ist, sich so schnell und so direkt wie möglich mit dem Faschismus zu schlagen, und ihn zu vernichten. Aber die Revolution ist etwas mehr als ein romantischer Akt. Zweifellos ist sie ohne persönlichen EINsatz nicht möglich, aber ohne eine Strategie und ohne eine große Portion Selbstdisziplin auch nicht. Wenn beides fehlt, führt das, vor allem in historischen Situationen wie in Portugal oder Spanien, zu unnötigen Opfern. Heute freilich steht die Regierung Francos in ihrer größten Krise - der Krise ihrer Senilität und des Fehlens von Ersatz. In dieser Situation ist Puig-Antich das vorbestimmte Opfer gewesen, an dem das Regime alle seine Wut und Hoffungslosigkeit abreagiert hat.
Wir, die wir nun wissen, wie es dazu kam, uns bleibt nichts weiteres zu tun, als zu verhindern, daß das Regime noch einmal so einfach seine Mordinstinkte befriedigen kann.
Wir sagen:
WIR WERDEN KEINEN WEITEREN FALL PUIG'ANTICH ZULASSEN!

Genosse Puig-Antich

Wenn bei uns der Frühaufsteher
noch draußen auf der Straße friert
wirst Du den letzten Sonnenstrahl sehen
und gefesselt auf den Hof geführt

Bei uns schlafen die Kinder
noch friedlich in den Tag
wenn Dir ein Pope von hinten
grinsend sagt: hab Kraft

Du wirst an den Stuhl gebunden
und langsam ermordet
Am Abend vorher haben Nazis gesungen
Loblieder auf den Staat und Herrgott

Nach dem dreckigen Mord
werden die Zeitungen geifern
von Dir jedes Wort
wollen die Lügenmäuler verbreiten

Genosse Puig-Antich
wir kämpfen beide für die selbe Sache
gegen den Faschismus - für die Anarchie
stirbst Du, dann werde ich weitermachen.

Wolfgang B. am 3. März

Hingerichtet: Puig Antich (26)

BERICHT VON UNSEREN FRANKFURTER KORRESPONDENTEN UNTER MITARBEIT EINES GENOSSEN DER CNT

DÜSSELDORF (ID) DREI SPANISCHE ARBEITER FESTGENOMMEN

13 märz am montag den 4. märz nahm die düsseldorfer polizei drei antifaschistische spanische arbeiter fest. sie sollen zeitungsberichten zufolge angeblich versucht haben, ein spanisches büro mit molotow-cocktails in brand zu setzen.

die drei arbeiter befanden sich am 13. märz noch immer in untersuchungshaft. der frau eines der festgenommenen wurde der besuch ihres mannes verboten. die polizei teilte lediglich mit, dass untersuchungen laufen und die spanischen arbeiter in haft bleiben würden. gegen die drohende ausweisung der drei antifaschisten und aus solidarität mit dem vom spanischen staat ermordeten puig antich und den zur zeit in spanien heftig werdenden befreiungskämpfen fand in bochum am 9. märz eine kurzfristig angesetzte demonstration statt, zu der die revolutionäre, antifaschistische und patriotische front spaniens (FRAP) und die freundschaftsgesellschaft des deutschen und spanischen volkes aufgerufen hatten.

I. MAI

Für uns als Teil der revolutionären Linken stellt sich wie jedes Jahr erneut die Frage, was können wir am 1.Mai machen. Man sollte einmal die Erfahrungen der letzten Jahre aufarbeiten, und daraus die Konsequenzen für ein Aktionsbündnis zum 1.Mai 1974 zu entwickeln versuchen.
1972 gab es eine Kundgebung der reaktionären Führungsspitze des DGB, wo wie immer von Mitbestimmung and Solidarität mit den verfolgten ausländischen Kollegen die Rede war.- aber das alles blieb wie immer nur Verbalradikalismus.- was sich am deutlichsten an der Praxis der Gewerkschaftsbürokratie festmachen läßt, und h an dieser Stelle nicht näher kommentiert zu werden braucht.
Die revolutionäre Linke vollzog ein Aktionsbündnis, hervorgegangen aus den kampfkommitees "Freie Fahrt zum Arbeitsplatz" der im Winter stattgefunden Fahrpreiskämpfe,-Es wurde eine Kundgebung mit ca. 6oo Teilnehmern am Lindener markt durchgeführt, bei der vor allem die Iniative von den Resten der ehemaligen KPD/ML Gruppe Hannover ausging.Die anschließende Demonstration.war ein gewisser Erfolg, obwohl sie von den den uniformierten Repräsentanten der Staatsgewalt, den Bullen, b brutal zerschlagen wurde.Die Demo stand unter der Parole "Hoch die internationale Solidarität" und führte durch die City zum spanischen Konsulat, wo sie unter starken Knüppeleinsatz und etlichen Festnahmen aufgelöst wurde. Der Erfolg ist darin zu bewerten, daß es gelang, einen beträchtlichen Teil der hannoverschen Linken in einem gemeinsamen Vorbereitungskomitee unter gleichen revolutionären Parolen zu vereinigen. Natürlich wurden auch Fehler gemacht, doch die Gruppen arbeiteten sie nicht auf, sie negierten die Erfahrungen - Ergebnis war der Mai 1973-

"Hannover erlebte seit Jahren eine der friedlichsten Maifeiern..." NHP
"Der Dgb Versammelte seine Arbeitermassen auf dem Klagesmarkt..Die Kundgebungsredner des dgb laberten wie üblich von Mit- statt Selbstbestimmung, klopften aber sehr radikale Sprüche in Punkto Fahrpreiserhöhung, Löhnen und imternationaler Solidarität...
Als der dgb seine Kundgebung beendet hatte, bildeten sich Blöcke der ML-Fraktionen, die sich gegenseitig Spaltertum vorwarfen...
Eine fraktion formierte sich zu einer Demo mit 62 Personen zum Lindener Markt, auf dem Fußweg, um den Messeverkehr nicht zu stören.. Am selbigen Mittag fand im UJZ-Kornstr. ein maifest statt. Alle Antiautoritären, nebst einigen Kindern, versammelten sich bei Bier und zu den Klängen e einer mäßigen Band, auf einer unpolitischen Konsumveranstaltung..
Lernen wir aus den Fehlern dieses 1. Mai. Wenn wir die Aktivitäten des Kampftages d der Arbeiterklasse nicht wieder den Handlangern des Kapitals und den Ml-Sektierern überlassen wollen , müssen wir unsere doch zum Teil sehr Schwache politische Arbeit aufs Stärktste intensivieren..."
(sinngemäß zitiert nach einem Artikel der APH aua dem Anarcho-Info 19"
Wenn man jetzt konkret die Vorbereitung, des ach so "revolutionären UJZ-s-Kornstr. betrachtet, scheinen die meisten Genossen immer noch nichts dazu gelernt zu haben!
Die SAG brachte einen Entwurf für ein Aktionsbündnis in den Organisationsrat ein, der ohne Gegenstimmen verabschiedet wurde, doch die Mauschelpolitiker und Sozialarbeiter boykotierten systematisch dessen Durchführung, so wie sie alles zu verhindern versuchen, was nicht ihrer doch so falschen Politik wiederspricht.
Wir selbst von der Redaktion wollen versuchen Aufgrund diese Papiers mit den interresssierten Genossen ein gemeinsames Aktionsbündnis durchzuführen. APH

papier **sag**

Antrag an den Organisationsrat (OR) des UJZ Nordstadt

Der Organisationsrat möge beschließen:
Der OR wählt einen Ausschuß, der di e politische Propaganda des UJZ Nordstadt für den 1.Mai vorbereitet. Zentrales Thema des Ausschusses ist die Ausarbeitung politischer Forderungen im Bereich Berufsausbildung und die Planung des Auftretens mit den Forderungen auf der 1.Mai-Kundgebung des DGB. Adressat der Kampagne soll die gewerkschaftsjugend sein.
Der erste diskutierbare Vorschlag des Ausschusses liegt zum 1.4.74 dem OR zur Beschlußfassungd vor.Anschließend wird über die Durchführung einer Kampagne auf einer VV abgestimmt.

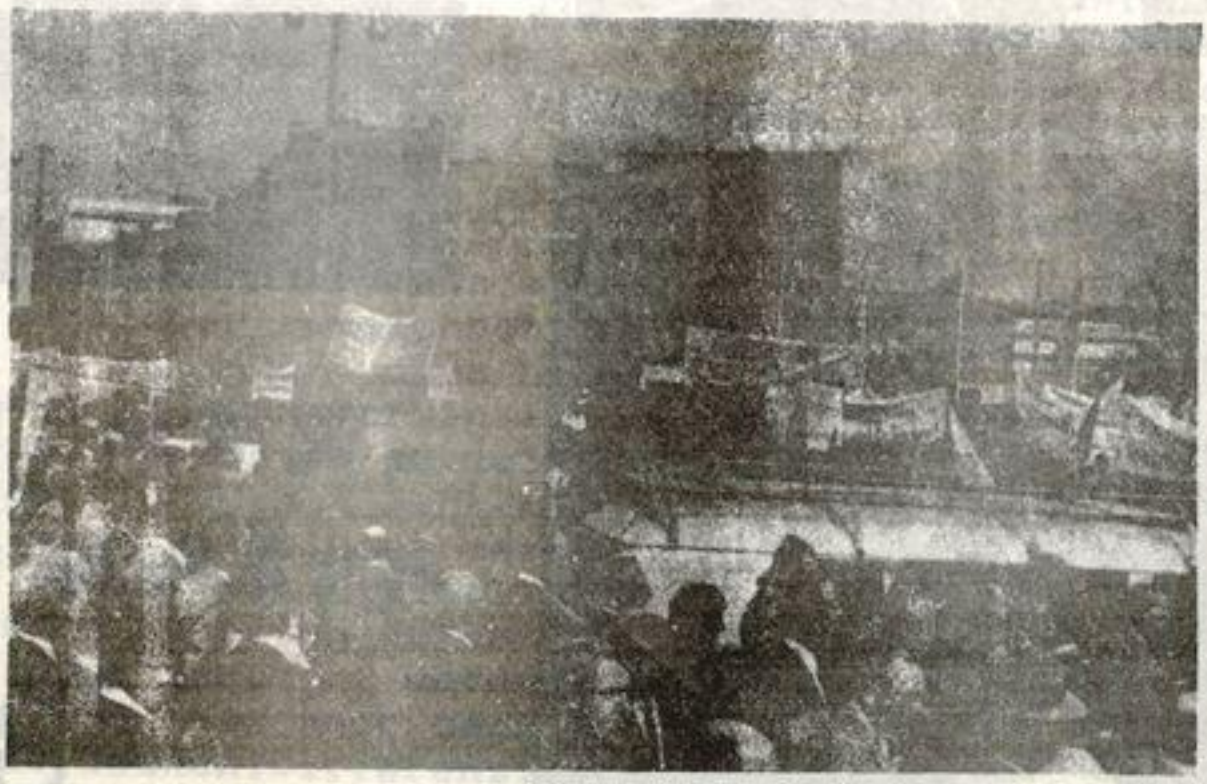
Flipper Spontis und die

Neue Militante Linke

machen Sauffete

1.MAI 1973

D
G
B



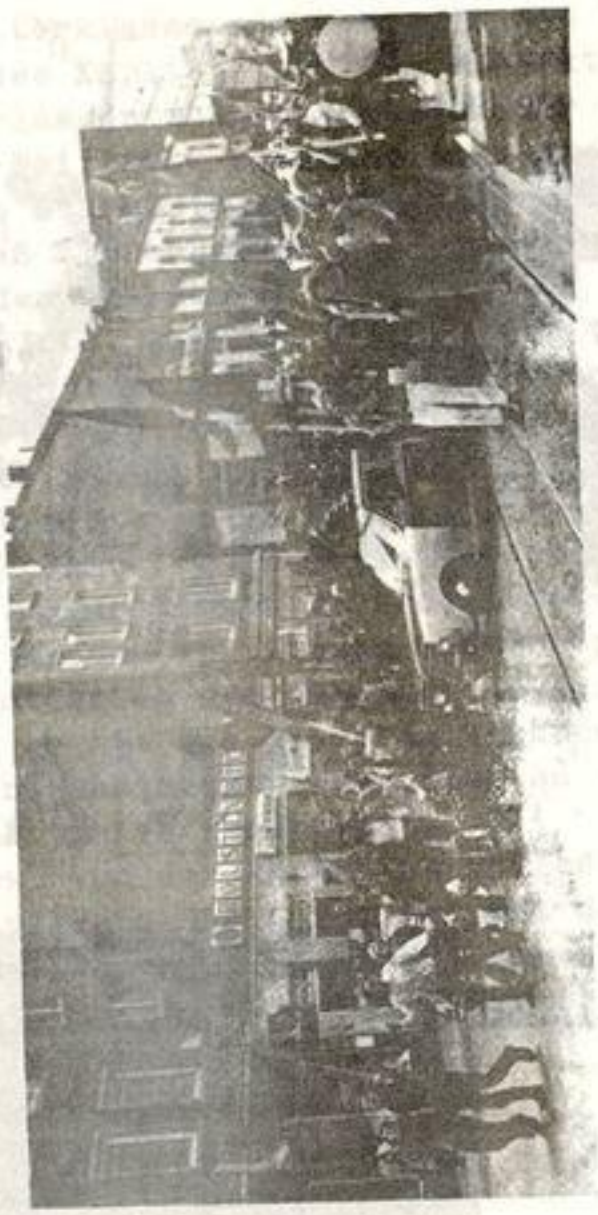
FUNK
TIO
NÄRE

VERTRETER DER INTERESSEN DER ARBEITERKLASSE ODER?

Begründung:
Gegenwärtig zeichnet sich die Tendenz ab, daß die Berufsausbildung seitens der Unternehmer zunehmend eingeschränkt wird. (Abnahme der offenen Lehrstellen um über 100000 im letzten Jahr, Stufenausbildung, usw..).
Wir sind der Meinung, daß diese Tendenzen nicht mit sogenannten Sozialhilfemaßnahmen des UJZ nachhaltig bekämpft, novh kompensiert werden können, daß das Schwergewicht der Arbeit des UJZ in der Organisierung des Kampfes gegen die Ursachen jugendlicher Arbeitslosigkeit, des Hilfsarbeitertums und Ausflippens ("Sozialfälle") liegen muß.
Die Bundesregierung und die Gewerkschaftsbürokratie versuchen im Augenblick mit sogenannten Reformmaßmahmen" zur Neuordnung der Berufsausbildung die drohende Zunahme von jugendlicher Arbeitslosigkeit und Einschränkung des Rechts auf Ausbildung zu verschleiern und die elementarsten Rechte auf Ausbildung mit dem Etikett "Reform der Berufsbildung" abzubauen.

Die Aufgabe des UJZ muß es sein, diesen Schwindel der auf der Kundgebung am 1. Mai anwesenden Arbeiterjugend klarzumachen, und die interesssierten Jugendlichen zu einer Diskussion ins UJZ Nordstadt einzuladen.

Kampf für: _ Recht auf qualifizierte Berufsausbildung
- Überbetriebliche Lehrwerkstätten für alle Lehrling
- Finanzierung der Ausbildung durch die Unternehmer
- Kontrolle der Ausbildung durch Lehrlinge und Gewerkschaften



1. Mai 1972

ORGANISATION REVOLUTIONÄRER ANARCHISTEN

OFFENER BRIEF AN EINEN TEIL DER FRESSEREDAKTION

Liebe Genossen

Ihr habt in der letzten Ausgabe der Fresse sehr harte Kritik an einem eurer Genossen geübt:es handelte sich um seine Absicht, eine Theoriegruppe aufzumachen, ebenso tauchte der Vorwurf der Vereinigung zweier Arbeitsberei che in der Hand dieses Genossen auf.Zusätzlich wehrt ihr euch gegen die Differenzierung unter Genossen.

Im Auftrag der ORA möchte ich mich zu dieser Kritik äußern, denn sie würde außer euren Ge- nossen auch alle anderen orga- nisierten oder sonst verbind- lichvarbeitenden Genossen tref- fen,denn die Unterscheidungen i n Flipper etc. sind nicht von urem Genossen erfunden worden, ondern sie sind in der west- eutschen libertären Bewegung ine traurige Tatsache, wie es ich leider am laufenden Band leder erweist."Genossen",die politischer Arbeit haupt- ichlich den Gebrauch von Dro- n und Alkohol sehen,aber an ojekten und in Gruppen nicht ntinuierlich arbeiten können, nn man nicht anders als mit d m Wort Flipper bezeichnen,und n sollte es auch tun,um nicht e Arbeit anderer verbindlich beitender Genossen zu gefähr- n.In den letzten 6 Jahren ist s ja mehr als einmal passiert die Arbeit von diszipliniert eitenden Genossen durch ein r Flipper zerstört worden ist ür dürftet ihr auch genügend spiele kennen.Differenzierun- gen zwischen Genossen machen zu müssen,ist zwar traurig,aber e- ben notwendig,wenn wir ein Ziel haben,daß es zu erreichen gilt. Im Ausland wird so etwas bereits länger so gehandhabt,was einen Aufwärtsweg unserer ausländi- schen Genossen förderte.Es ist langsam in der BRD eine Frage des Überlebens der Anarchisten geworden,wie man mit unzuver- lässigen "Genossen"umgeht. Ein Mittel,um zu sehen,wie Ge- nossen oder Sympathisanten ar- beiten und an allgemeiner Ar- beit teilnehmen,ist gerade ei- ne Theoriegruppe,die an einem konkreten Thema,z.B. der Geschi- chte des revolutionären Spanien eine Arbeit aufbaut.Natürlich werden sich dagegen in erster Linie jene ohnehin unzuverlässi- gen Wortradikalen stellen,denen es ja auf verbindliche Arbeit überhaupt nicht ankommt,ebenso jene Flipper,die ihren Beitrag zur Arbeit darin erledigt sehen, zu sagen,sie seien Anarchisten und wollten "Praxis"machen,die dann stets in die Hose geht. Wir in Hamburg sind soweit,daß wir auf solche Typen lieber ver- zichten,denn daß die verbindlich chen Genossen dann auf der gan- zen Arbeit hängenbleiben,ist dann ganz zwangsläufig,denn die Arbeit der Koordinationsbüros muß ja schließlich auch erle- digt werden.

Wir,die vORA,sind gern bereit,an eurer Zeitung mitzuarbeiten,damit man aus ihr ein norddeutsches Organ machen kann,das dringend notwendig ist,um die Bewegung aus ihrem jetzigen Sumpf herauszuführen,das aber geht nur dann,wenn man sich von Illusionen und schlechter Arbeit beitshaltung trennt,und an die Stelle situanistischer Arbeit verbindliche Maxbenarbeit in Betrieb,Gewerkschaft,Schule und U Uni setzt.Hierzu aber ist Theorie der wichtigste Ansatz bei neuagitierten Genossen,damit die Grabenkriege zwischen den Genossen endlich einer theoretischen und praktischen Arbeit Platz schaffen können.
In diesem Sinne seht unsere Stellungnahme bitte als konstruktive und solidarische Kritik an.

FÜR DEN SIEG IM KLASSENKAMPF !

Dieser Artikel entstand zu einem Zeitpunkt, als das alte Fresse-Kollektiv noch formal bestand, er war geplant als ein Beitrag, der unsere Position in der HF unterstützen sollte. Nachdem sich das kollektiv in zwei Neue gespalten hat, halten wir es trotzdem für wichtig diesen beitrag in der NHF abzudrucken, weil dort wichtige Punkte aufgezeigt werden die auch für unsere jetzige Arbeit von Bedeutung sind.

-REDaktion NHF-

Fressemitteilung

Das Erscheinen der "NEUEN HANNOVERSCHEN FRESSE" Hat sich leider aus zwei Gründen Um 6Tage verzögert, einerseits wegen der aktuellen Berichte der Besetzung und Räumug des Bunkers in der Oststadt, anderseits weil die C haoten und Sozialarbeiter der Kornstr. und der ehemaligen Fresse unsere Arbeit systematisch boykotierten.
Zuerst müssen wir einmal kurz auf die historische Entwicklung eigehen, eine detailierter Bericht kann aus Zeit und Platzgründen erst in der nächsten Nummer erfolgen.

Die Hannoversche Fresse war geplant als ein Organ der undogmatischen Linken im Großraum Hannover und sollte längerfristig als Zeitung im Norddeutschen Raum ausgebaut werden. (über diese Konzeptionen liegen al s Vorlage die alten Ausgaben u und ein von uns verfasstes Papier zu den Vorgängen innerhalb der Redaktion vor)
Die Fresse wurde ursprünglich im Jugendzentrum Produziert, hatte aber mit der Politik des Hauses kaum etwas zu tun, man wollte sich auch längerfristig vom UJZ auch räumlich trennen. In der letzten Zeit kam es zu Konflikten, die hauptsächlich psychischer Natur waren, und die anarchistische Fraktion, die jetzt diese Zeitung weiterführt, wurde durch abstrakte formale Mehrheitsbeschlüsse ihrer Produktionsmittel beraubt, teilweise wurde sogar physische Gewalt angewendet. Eine wirklich politis

sche Auseinandersetzung fand nie statt.
Die Flipperfraktion will zwar die Fresse weiterführen, und zwar als Blättchen mit hauptsächlich Jugendzentrumsschwerpunkt, wann diese Freizeitjournalisten ihre nächste Ausgabe bei ihrer permanenten Unverbindlichkeit zustandebringen, bleibt in den Sternen zu suchen.
Wir selbst haben unsere Arbeit kontinuierlich weitergeführt, ergebnis diese Ausgabe, und unsere Redaktion personell sowohl in Hannover als auch überregional ausgebaut.
Nachdem wir uns im ASTA endlich eine Druckmöglichkeit verschaft hatten, kamen am Freitag zufällig Flipper der alten Redaktion und die bezahlten Handlanger der einschläfernden und verdummenden Sozialpolik der Stadt Hannover, die beiden Sozialarbeiter der Kornstr. vorbei, und sahen das wir die Zeitung druckten, sie versuchten uns die Druckplatten zu entwenden, d drohten uns an die Zeitung zu vernichten, und uns persönlich zusammenzuschlagen.
Ergebnis war, das der ASTA, der durch diese Konflikte nicht durchblickt, uns und vorläufig allen arbeitenden Gruppen bis zu seiner öffentlichen Sitzung am kommen Montag die Druckarlaubnis entzog,
Uns gelang es gerade hoch rechtzeitig unser Material vor den ausgeflippten UJZ'lern in Sicherheit zu bringen und uns neue Druckmöglichk eiten zu verschaffen.
Am Abend fand dann der soganannte Organisationsrat in der Kornstr statt, bei dem wir leider aus oben begründeten technischen Gründen nicht anwesend sein konnten. Man fasste dort, wie wir hinterher erfuhren Beschlusse, die uns aber einen Scheißdreck angehen!!!
Man beschloß, daß wir den Namen Fresse n nicht verwenden dürften, man erwog dabei auch juristische Maßnahmen - welch ein Hohn-, man meinte , wenn wir die Zeitung herausgeben würden, wäre dies ein Schaden für das Jugendzentrum und für die doch vom Berufsverbot berdohten Sozialarbeiter, würden diese doch endlich einmal revolutionäre Arbeit machen, bisher vertreten sie doch die Politik des Kapitals genausogut wie Herr Beste, da sie nur an ihre eigenen Profite denken. Außerdem meinte man, daß die Fresse eine Jugendzentrums eigene Zeitung wäre, was sie aber nie war, und die NHF hoffentlich auch unter den jetzigen Bedingungen nie sein wird.
Wir lassen uns durch solche Vereinsmeier in unserer Arbeit nicht behindern, kommt man uns aber mit physischer Gewalt, werden wir entsprechend zu antworten wissen.
Wir erklären hiermit, daß die NHF kein Organ des UJZ-Nordstadt ist, natürlich werden wir auch soweit möglich Artikel diese Zentrums abdrucken, aber das UJZ hat bei uns die gleiche Priorität, die wir auch anderen zubilligen - und keine Sonderstellung. Wir verstehen uns als undogmatisvhe autonome Zeitung im Norddeutschen Raum, und sind nicht bereit in unserer Berichterstattung sei es an Staat oder an sektiirerische Gruppen irgendwelche Konzessionenen zu machen.
Für eine freie alternative Presse der revolutionären Linken!!!

UJZ OSTSTADT

Bunkerbesetzung, ***räumung***, DEMO, ***BULLEN***TER 33 ROR

Donnerstag, den 4. april
Nachdem die brutale Räumung am Morgen um 1o Uhr von den Bullen vollzogen war, kam es zu spontanen Diskussionen vor dem Bunker, bei denen sich Teile der Bevölkerung mit dem UJZ solidarisierten, die Bullen belagerten den Bunker mit einer Hundertschaft der Bereitschaft massenweisen zivilen spitzeln, Hunden und einem Wasserwerfer.. Während dessen wurden von der Initoativgruppe Flugblättter hergestellt und eine Kundgebung mit anschließender Demo um 17Uhr am Weißenkreuzplatz vorbereitet.
An der Demo beteiligten sich 3oo-4oo Personen. Es kam zu einem Zwischenfall vor Karstadt, als man einem Bullenspitzel erfolgreich einen Film abnahm. Es ereignete sich eine kurze Prügelei bei der ein Zug Bereitschaftspolizei eingriff, die Römer verhafteten zwei Genossen. Ansonsten verlief die Demo friedlich, obwohl die Bullen die Innenstadt und alle in der Oststadt eventuell besetzbaren Objekte (Holscherstr.) mit Bullen systematisch abgeriegelt hattten. Im Anschluß fand, wie auch jetzt jeden Abend durchgeführt wird, eine Vollversammlung im Freien vor dem Bunker statt.

ZUGEMAUERT wurde der Bunkereingang, als die Polizei den Bunker leerräumte. Fotos: Pospisil

Seit Donnerstag mittag ist der Luftschutzbunker am Welfenplatz wieder zugemauert. Bei einer im Bundesgebiet bislang beispiellosen Polizeiaktion vertrieb die Polizei am Morgen die jugendlichen Hausbesetzer, die am vergangenen Sonnabend in das seit Jahren leerstehende Gebäude eingedrungen waren, um ein unabhängiges Jugendzentrum zu schaffen. Die Räumung verlief ohne Zwischenfälle — die Besetzer leisteten keinen Widerstand.

Tagelang hatte die Polizei den Bunker beobachtet. Am Donnerstag bat die Stadtverwaltung schließlich, einen Räumungsbeschluß zu verwirklichen. „Wir haben uns lange überlegt, wie wir die Aktion durchführen können, ohne möglicherweise zur Gewaltanwendung gezwungen zu werden", sagte der stellvertretende Polizeipräsident Dr. Rolf-Peter Minnier zur Neuen HP. „Unsere Taktik hat uns jetzt recht gegeben."

Drei als Klempner getarnte Polizisten, die „nur Rohrleitungen überprüfen wollten", bekamen am Morgen gegen 9.40 Uhr Zutritt zu dem Gebäude, das wie eine Festung von innen verschlossen worden war. Polizeidirektor Brüning, Kommandeur der Schutzpolizei: „Sonst waren die Hausbesetzer immer schon um neun Uhr aufgestanden — das verzögerte sich etwas."

Den „Handwerkern" kam Kommissar Zufall zur Hilfe. Drei Kinder schleppten einen alten Sessel herbei, den sie für die Bunkerbesetzer stiften wollten. Angehörige des neugegründeten mobilen Einsatzkommandos der Polizei in Zivil, die sich schon zwei Stunden in der Frühlingssonne am Welfenplatz gesonnt hatten, eilten hilfsbereit herbei: „Wir nehmen euch den schweren Sessel schon ab und bringen ihn hinein..." Auch ohne den Zufall hätte die Aktion allerdings geklappt: Vorsorglich hatten auch die Polizisten Matratzen als „Spenden" bereitgelegt.

Zusammen mit diesen Beamten strömten wenig später andere Kollegen in den Bunker. Sekunden danach waren Angehörige der Reiter- und Hundestaffel zur Stelle. Die etwa 15 Jugendlichen, unter ihnen auch einige Mädchen, die die Nacht in den Räumen auf Matratzen verbracht hatten, waren völlig überrascht und leisteten keinen Widerstand. Der städtische Oberrat Neubauer verlas die Aufforderung an die Hausbesetzer, das Gebäude innerhalb von 15 Minuten zu verlassen.

Als Hauptgrund für den Entschluß der Stadt, die Bunkerbesetzung nicht hinzunehmen, bezeichnete Neubauer die katastrophalen hygienischen Verhältnisse.

Dr. Rolf-Peter Minnier atmete erleichtert auf: „Mir fällt ein Stein vom Herzen, daß alles so gut geklappt hat und es keine Konfrontation gegeben hat." Zufrieden zeigte sich auch Polizeidirektor Jürgen Böhlke, der den Einsatz geleitet hatte.

Am Donnerstagnachmittag demonstrierten Jugendliche gegen die ihrer Meinung nach „jugendfeindliche SPD-Politik" und die Räumung des Luftschutzbunkers und forderten ein unabhängiges Jugendzentrum Oststadt-List.

Trotz Überwachung durch die Polizei, versuchten Jugendliche bis in die späten Abendstunden immer wieder, die zugemauerte Tür des Bunkers aufzubrechen. Einige wurden von der Polizei vorübergehend in Gewahrsam

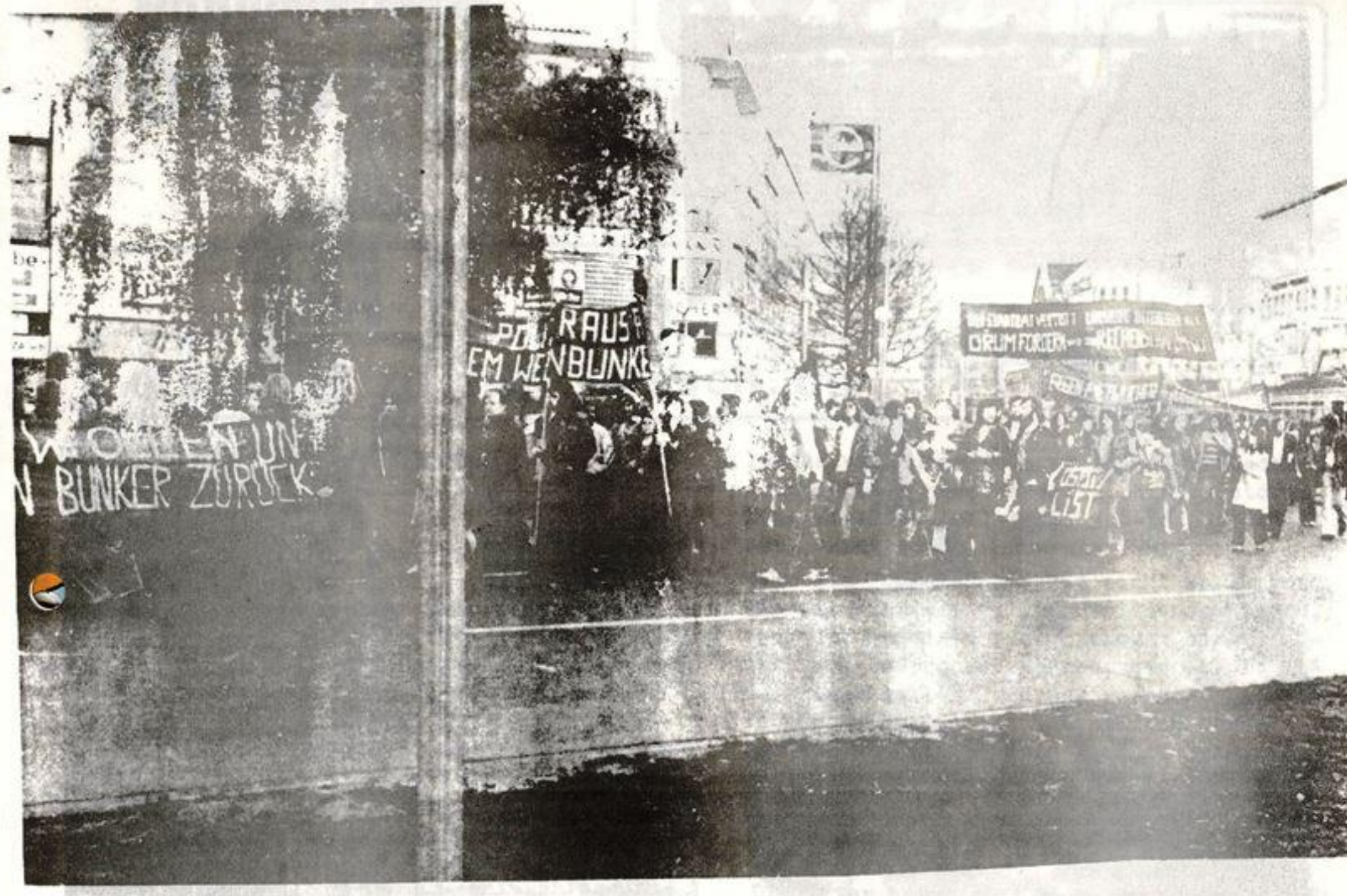
NHP 5.4.1974 (etwas gekürzt)

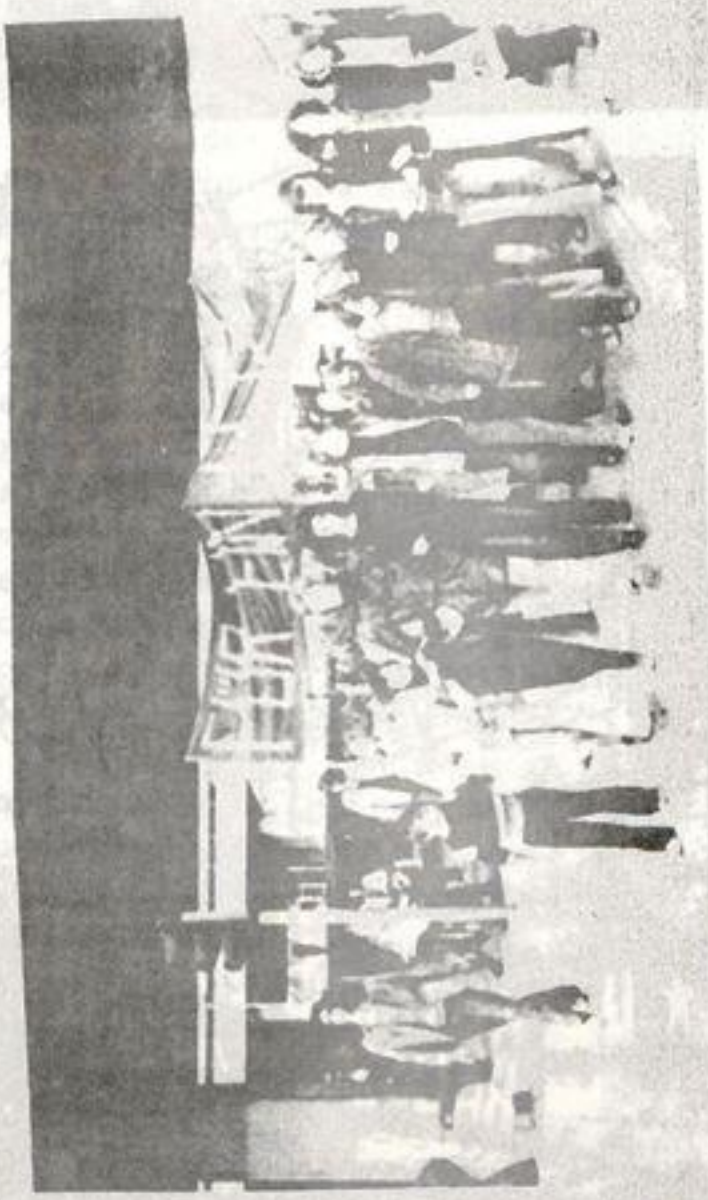
Der Artikel wurde aus der NHP übernommen, alle anderen Berichte und Fotos [illegible]

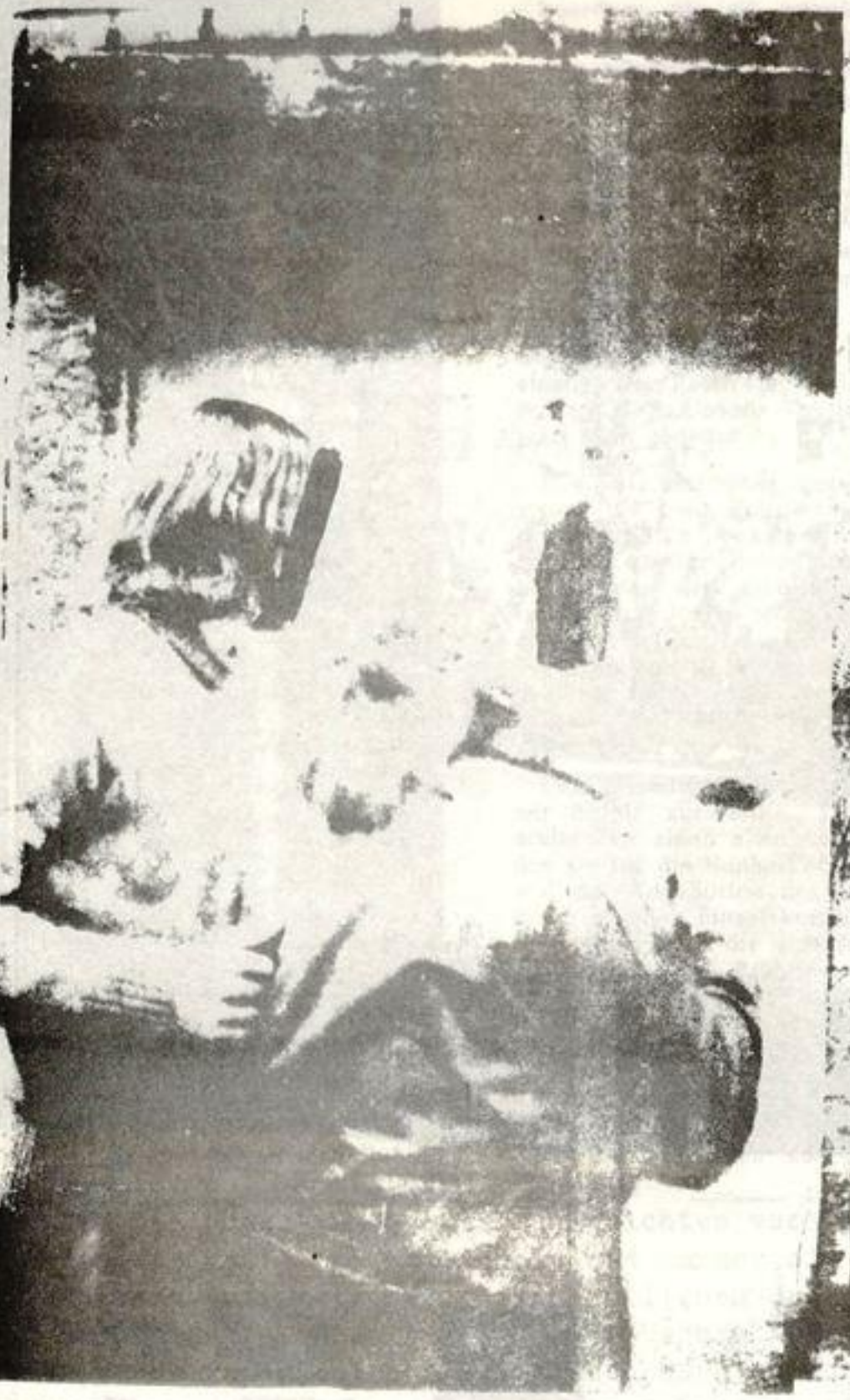
Nachdem die Presse am Montag zu berichten wusste, der Bunker sei GEWALTSAM besetzt worden (man hatte mit Spitzhacke und Hammer die Mauer durchbrochen), atmet man nun erleichtert auf, trotz der offensichtlichen Brutalität der Besetzer (wie eine Festung) und der katastrophalen hygienischen Verhältnisse verlief die Räumung ohne Zwischenfälle, wurde man nicht zur Gewaltanwendung gezwungen, konnte man die Jugendlichen so überraschen, daß sie keinen Widerstand mehr leisten konnten.

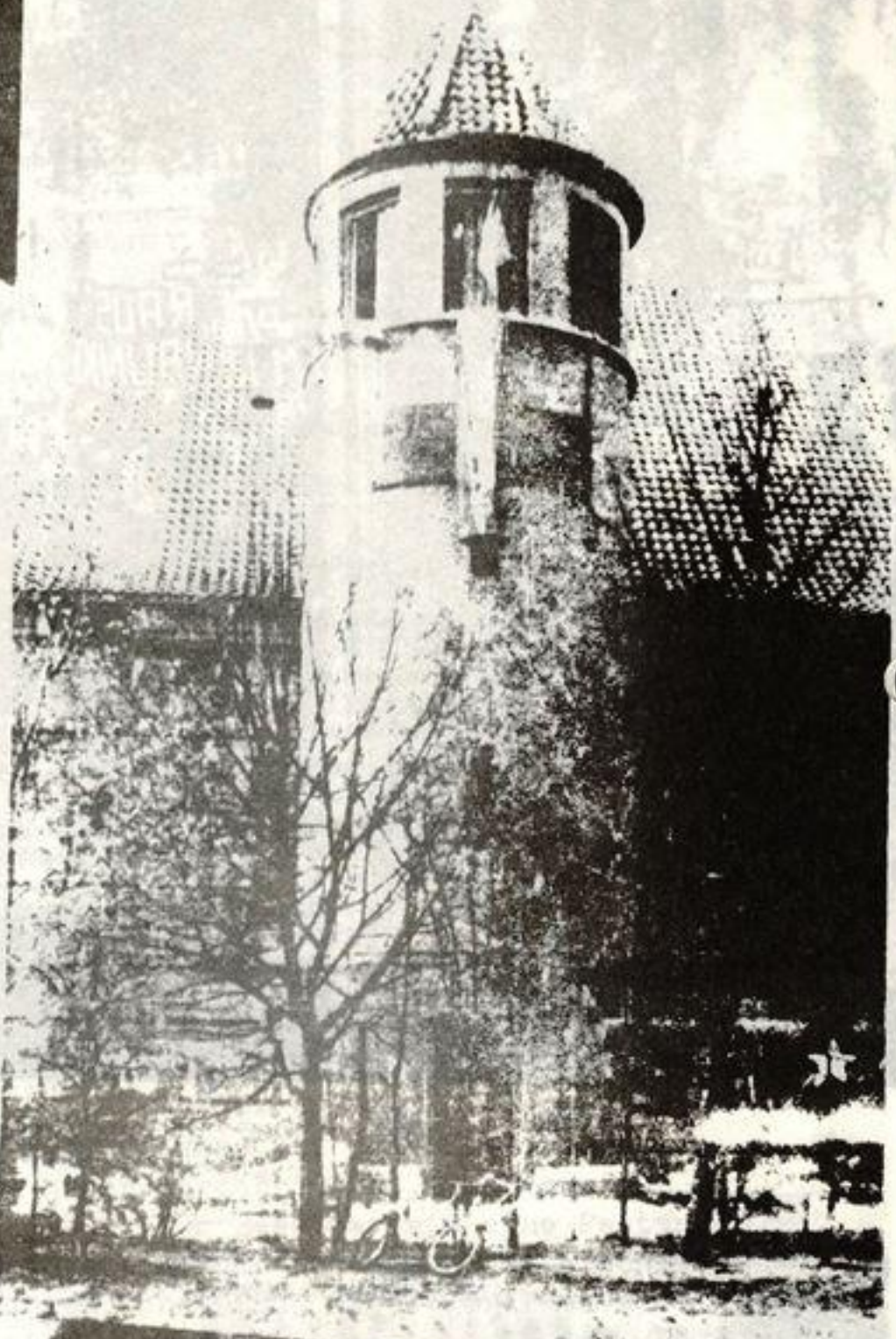
Diese Darstellung ist falsch, die Räumung war nicht gewaltlos. Nach Auskunft der Jugendlichen wurden sie mit gezogenen Pistolen bedroht, einige, auch ein 8jähriger Junge mit Gummiknüppeln bearbeitet, ein Mädchen an den Haaren die Treppe heruntergezerrt. Schon in den Tagen zuvor hatte man die Jugendlichen ständig terroriesiert: Polizeiwagen schalteten die Sirene ein, sobald sie das UJZ passierten und anschliessend wieder ab. Überall waren Zivilbullen, die schon äusserlich wie Schläger aussehen und auch mehrmals die Jugendlichen bedrohten. Die Spitzel hatten übrigens auch die Möglichkeit genutzt, sich an der stets öffentlichen Arbeit des UJZ zu beteiligen, in einer Abstimmung auf einer Vollversammlung sprachen sie sich dafür aus, die Rote Fahne, die die Jugendlichen als Symbol ihres Kampfes heraus gehängt hatten, wieder einzuholen (vergeblich). Nach der Räumung ging der Terror erst richtig los, dabei scheute man vor allem die Öffentlichkeit. Einem Mitglied der APH, das unmittelbar nach der Räumung fotografierte, wurde von 4 Zivilbullen gedroht ihm den Film abzunehmen, ähnliches passierte später nochmals, zusätzlich wurden wir von Zivilstreifen kontrolliert.

Nach der Vollversammlung am Donnerstag (4. April 21Uhr) passierte dann noch folgendes: einige Jugendliche standen noch neben ihrem Haus, und diskutierten die Ereignisse des Tages, wir kamen zufällig noch einmal vorbei, um zu sehen, ob die Vollversammlung eventuell noch im Gange sei, plötzlich tauchten aus dem Dunkelheit einige Zivilbullen auf, die jedoch zunächst nicht als solche erkennbar waren, es kam zu einer Rangelei mit einem der Jugendlichen, der dann plötzlich weglief, 3Zivilbullen liefen hinterher, schlugen ihn auf der anderen Strassenseite brutal zusammen und verschleppten ihn in einen Wagen, der aus dem nichts aufgetaucht war. Als wir versuchten diese Ereignisse zu fotografieren und somit öffentlich zu machen, wurden auch wir zusammengeschlagen und uns der Film aus der Kamera gerissen, die dabei auch beschädigt wurde. Einem von uns drohte man: Lauf, oder wir nehmen dich mit. Gegen diese Schläger vom Mobilen Einsatzkommando (sogenannte Antiterroristengruppe) wurde inzwischen Anzeige erstattet.


BUNKER ZURUCK
RAUS
EM WEN BUNKE
GRUM POKER
LIST







HÄUSER